



# Beschlussbuch

zur Landeskonferenz der Jusos Bayern  
am 20. Oktober 2013 in Nürnberg

	A Leitantrag .....	2
1	A 1: Für eine erfolgreiche SPD streiten!.....	2
	B Gleichstellung .....	8
2	B 2: Toleranz fördern - Diskriminierung abbauen .....	8
	C Arbeit.....	11
3	C 1: ArbeitnehmerInnenkammer Bayern.....	11
	D Internationales und Innen .....	13
4	Initiativantrag: Der Skandal von Lampedusa: Flüchtlingen helfen – Abschottung beenden –	
5	Ursachen bekämpfen .....	13
6	Initiativantrag: TTIP – so nicht!.....	15
7	D 1: Perspektiven für afghanische Angestellte im Zuge des Bundeswehrabzugs 2014 .....	16
8	D 5: Schluss mit dem Kriegsgeschäft: Rüstungsexporte einschränken - Exitstrategie entwerfen!	
9	.....	19
10	D 6: Konfliktprävention und Konfliktlösung - Responsibility to Protect (R2P) als	
11	vielversprechendes Konzept? .....	22
	F Sozialpolitik .....	27
12	F 3: Schluss mit Generationengerechtigkeit!! Wir wollen Gerechtigkeit für alle!! .....	27
	G Sonstiges.....	30
13	Initiativantrag: Telekommunikationsinfrastruktur .....	30
14	G 7: Neuregelung der Mehrwertsteuer .....	30
15	G 9: Pragmatischer Umgang mit Cannabis.....	32

## 16 A Leitantrag

### 17 A 1: Für eine erfolgreiche SPD streiten!

18 an SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion

19 Die Wahlen im September bedeuten für die SPD, insbesondere in Bayern, eine große  
20 Ernüchterung. Auch wenn unsere Partei sowohl bei der Landtags- als auch bei der  
21 Bundestagswahl jeweils leicht zugewonnen hat: Die Ergebnisse sind nichts anderes als eine  
22 klare Niederlage. Etwas mehr als 20 Prozent bei beiden Wahlen in Bayern lassen sich nicht  
23 als Erfolg verkaufen; der Anstieg der Zahl der Abgeordneten im Bundestag wie im Landtag ist  
24 kaum auf die Stärke der SPD zurückzuführen, sondern auf das Ausscheiden der FDP und das  
25 neue Bundestags-Wahlrecht.

26 Auch bundesweit ist die Bundestagswahl kein Erfolg gewesen. Die SPD hat knapp drei  
27 Prozentpunkte zugelegt, dies aber von niedrigstem Niveau aus. Der Versuch, die SPD wieder

1 über 30 Prozent zu bringen und eine rot-grüne Mehrheit zu erstreiten, ist krachend gescheitert.  
2 Im Gegenteil: Zum zweiten Mal in Folge gibt es eine deutliche rechts-konservative Mehrheit in  
3 Deutschland, die nur wegen des knappen Scheiterns von FDP und AfD nicht über eine  
4 Bundestagsmehrheit verfügt.

5 Aus diesen Niederlagen müssen für die SPD und natürlich auch für die Jusos Konsequenzen  
6 gezogen werden. Wenn die Partei wieder mehrheitsfähig werden will, dann muss sie sich –  
7 gerade in Bayern –in ihrer Arbeit und zum Teil auch personell neu aufstellen. Notwendig ist  
8 dabei keine überstürzte und zugespitzte Personaldebatte, nach der dann geglaubt wird, der  
9 Austausch von Personen reiche aus; notwendig ist vielmehr eine auf einen längeren Zeitraum  
10 angelegte, konstruktive Debatte über die notwendige inhaltliche Schwerpunktsetzung, die  
11 mittelfristige strategische Vorgehensweise zur Wiederverankerung der SPD als Volkspartei; erst  
12 nach derartigen Entscheidungen kann daraus eine neue personelle Aufstellung der SPD (in  
13 Bayern wie im Bund) abgeleitet werden. Dieser Beschluss soll ein Einstieg in diese Debatte  
14 sein.

15 Trotzdem gibt es auch kurzfristigen Entscheidungsbedarf: Im Bund stellt sich die Frage, ob die  
16 SPD in eine große Koalition eintritt, und was dazu mögliche Alternativen sind.

17 Eine Koalition im Bund nur mit sozialdemokratischen Inhalten!

18 Die Wahlanalysen zeigen deutlich: Diejenigen, die SPD gewählt haben, haben dies vor allem  
19 wegen der Inhalte getan. Daraus ergibt sich für die SPD die Verpflichtung, dass sie nur in eine  
20 Regierung eintreten darf, wenn in dieser die wesentlichen Inhalte des Regierungsprogramms  
21 umgesetzt werden. Für uns sind diese Inhalte insbesondere

- 22 • die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro;
- 23 • Weichenstellungen für einen Umbau des Gesundheits- und Pflegesystems in eine  
24 Bürgerversicherung, in die alle gemäß ihren Möglichkeiten einzahlen;
- 25 • die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der  
26 Vermögenssteuer;
- 27 • die Abschaffung des Betreuungsgeldes und stattdessen Investitionen in den KiTa-  
28 Ausbau;
- 29 • die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit, Befristungen und Werkverträgen;
- 30 • gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer
- 31 • die Öffnung der Ehe sowie das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche  
32 Lebenspartnerschaften
- 33 • die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft.

34 Mit diesen Kernforderungen haben wir uns im Bundestagswahlkampf deutlich von der Union  
35 abgegrenzt. Wir stehen bei unseren Wählerinnen und Wählern im Wort, diese Inhalte auch  
36 umzusetzen. Deshalb kann und darf es keine Regierungsbeteiligung geben, bei der diese  
37 Inhalte nicht das Regierungshandeln bestimmen. Da sich zum derzeitigen Stand der  
38 Sondierungsgespräche bereits abzeichnet, dass diese Punkte mit der Union nicht umsetzbar

1 sein werden, stehen wir einer möglichen großen Koalition ablehnend gegenüber. Opposition  
2 bleibt für uns eine reale Option.

3 Eine Regierungsbeteiligung, in der die SPD abermals die eigenen Ziele und Werte aufgibt und  
4 damit wie 2005 erneut wesentliche Wahlversprechen bricht, schadet der Sozialdemokratie,  
5 aber auch den Menschen in Deutschland und Europa, die darauf angewiesen sind und ihre  
6 Hoffnungen darauf setzen, dass die SPD einen echten Politikwechsel herbeiführt. Wir dürfen  
7 dies nicht für ein paar Ministerposten oder aus angeblicher „staatspolitischer Verantwortung“  
8 aufgeben! Wir sind nur dann bereit, in eine Regierung einzutreten, wenn diese unsere Inhalte  
9 umsetzt.

10 Im Bund: Die Rückbesinnung auf sozialdemokratische Grundwerte weiter vorantreiben

11 Die letzten Jahre in der Bundes-SPD waren geprägt von einem zaghaften Abrücken von den  
12 sozialpolitisch verheerenden Inhalten der Regierungszeit 1998 bis 2009, bei gleichzeitig  
13 positiver Weiterentwicklung der erfolgreichen Elemente der Regierungspolitik (wie dem Ausbau  
14 der Kinderbetreuung oder den ersten Schritten zur Modernisierung des  
15 Staatsbürgerschaftsrechts oder zur Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften). Das  
16 Verhältnis zu den Gewerkschaften konnte so verbessert werden, viele Erfolge bei  
17 Landtagswahlen zeigen auch, dass das Vertrauen vieler Menschen zurückgewonnen werden  
18 konnte.

19 Dass die Bundestagswahl ein anderes Ergebnis zeigt, darf kein Anlass für einen „Rollback“  
20 dieser Entwicklung sein, sondern muss vielmehr Anlass geben, den inhaltlichen  
21 Erneuerungsprozess mit Rückbesinnung auf sozialdemokratische Grundwerte verstärkt  
22 voranzutreiben. Denn viele Umfragen und auch die Erfahrung im Straßenwahlkampf zeigt,  
23 dass unsere Inhalte bei den Menschen ankommen und von ihnen geteilt werden. Was fehlt ist  
24 das Grundvertrauen, dass die SPD diese Inhalte in Regierungsverantwortung auch tatsächlich  
25 umsetzt. Die SPD hat die Bundestagswahl nicht verloren, weil ihr Programm zu links war –  
26 sondern weil es zu lange zu rechts war!

27 Hinzu kommt, dass wir in den vergangenen vier Jahren keine konsequente Oppositionspolitik  
28 im Bundestag gemacht haben. Insbesondere in der Europa-Politik war für die Wählerinnen und  
29 Wähler nicht erkennbar, dass wir die von Schwarz-Gelb eingeschlagene Richtung für falsch  
30 halten. Wir haben die Sparpolitik der Regierung Merkel zu lange und zu unkritisch  
31 mitgetragen. In den kommenden Wochen und Monaten müssen wir daher deutlich machen,  
32 dass die SPD für eine andere Idee von Europa steht und soziale Gerechtigkeit für uns auch in  
33 der Europa-Politik an erster Stelle stehen muss.

34 Notwendig ist für die Jahre bis zur nächsten Bundestagswahl – und zwar egal, ob die SPD in  
35 eine Regierung eintritt oder in der Opposition verbleibt – die klare Orientierung am Thema  
36 „Soziale Gerechtigkeit“ und den konkreten Sorgen der Menschen, wie den explodierenden  
37 Mieten in vielen Regionen, den sinkenden Löhnen und zunehmend prekären  
38 Arbeitsbedingungen auf breiter Front, steigenden Energiekosten und sich verfestigender Armut.  
39 Dem gegenüber steht die Entwicklung einer Oberschicht, die sich von diesen Problemen immer

1 mehr abkoppeln und ihr Einkommen und Vermögen immer weiter steigern kann.  
2 Umverteilungspolitik zugunsten schwächerer Menschen (nicht nur in finanzieller Hinsicht) war  
3 immer der Kern der SPD – diesen gilt es weiter zurückzugewinnen. Auch deshalb koppeln wir  
4 den Eintritt in die Regierung an hohe Hürden – und wenn er in eine große Koalition erfolgt, ist  
5 gleichzeitig durch eine entsprechende personelle und strategische Aufstellung deutlich zu  
6 machen, dass sich die SPD weiterhin als Alternative zur Union versteht.

7 Die SPD braucht wieder eine sozialdemokratische Identität, eine übergreifende „Erzählung“,  
8 die den Menschen das Vertrauen in die Partei zurückgibt. Dies ist mehr, als nur an einzelnen  
9 programmatischen Schrauben zu drehen. Auch in dieser Hinsicht muss daher der  
10 Rückbesinnungsprozess der SPD auf ihre Grundwerte schneller, konkreter und vor allem  
11 vertiefter werden.

12 Neben der konsequenten und beschleunigten Fortsetzung der Rückbesinnung auf  
13 sozialdemokratische Kernthemen muss die SPD aber auch eine realistische Machtperspektive  
14 entwickeln. Die Niederlage bei der Bundestagswahl ist auch darauf zurückzuführen, dass für  
15 viele (potentielle) Wählerinnen und Wähler seit Monaten klar war, dass rot-grün keine  
16 Mehrheit erringen würde; rot-rot-grün hatten Parteiführung und Spitzenkandidat  
17 ausgeschlossen, so dass für die SPD realistisch nur die Rolle als Juniorpartnerin in einer großen  
18 Koalition als Machtperspektive verblieb – wie übrigens auch schon 2009. Für viele  
19 Wählerinnen und Wähler war dies keine Motivation, SPD zu wählen.

20 Wenn die SPD Wählerinnen und Wähler für sich begeistern will, dann muss sie außer einem  
21 überzeugenden sozialdemokratischen Programm auch eine Machtperspektive für die  
22 Umsetzung dieses Programms aufweisen können. Dies kann bei der derzeitigen  
23 Parteienkonstellation nur rot-rot-grün sein. Auch wenn für die laufende Legislaturperiode eine  
24 gemeinsame Regierungsbildung von SPD, Grünen und Linkspartei durch die Festlegungen von  
25 SPD und Grünen vor der Wahl ausgeschlossen ist, muss es Aufgabe in dieser Legislaturperiode  
26 sein, zu einem inhaltlichen Austausch und einer politischen Annäherung zwischen den drei  
27 Parteien zu kommen. Für die nächste Bundestagswahl muss eine rot-rot-grüne Koalition das  
28 angestrebte Bündnis sein, das die Alternative zur CDU/CSU und anderen rechten Parteien  
29 darstellt. Denn nur eine Regierung unter Führung der SPD und mit ihr inhaltlich nahestehenden  
30 Parteien in der Regierung kann diese Gesellschaft wieder gerechter und solidarischer  
31 gestalten.

32 In Bayern: Die Neuaufstellung der BayernSPD ist überfällig!

33 Mit der Wahl von Florian Pronold zum SPD-Landesvorsitzenden 2009 war auch das Ziel  
34 verbunden, die BayernSPD organisatorisch wie politisch neu aufzustellen. Tatsächlich  
35 stattgefunden hat aber nur die organisatorische Neuaufstellung, und auch diese nur innerhalb  
36 der Partei. So notwendig die Schritte hier auch waren: Ohne auch die Strategie, die inhaltliche  
37 Außendarstellung und die inhaltliche Arbeitsweise der BayernSPD anzugehen und ohne auch  
38 die Parlamentsgruppen in den Blick zu nehmen, kann eine Neuaufstellung nicht erfolgreich  
39 sein.

1 Dabei bietet die Neuwahl sowohl der Landtagsfraktion als auch der Bundestags-Landesgruppe  
2 grundsätzlich die Möglichkeit, endlich die großen Mängel in den beiden Haupt-  
3 Parlamentsvertretungen der BayernSPD anzugehen. Beide Gruppen sind davon geprägt, dass  
4 die Außendarstellung nicht von einer soliden, an Inhalten orientierten parlamentarischen Arbeit  
5 getragen wird, sondern von einer um Aufmerksamkeit heischenden Öffentlichkeitsarbeit, die  
6 sich auf vermeintliche oder tatsächliche Skandale stürzt und für die einfache Polemik und  
7 billige Pointen wichtiger zu sein scheinen als die fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit  
8 dem politischen Gegner. Die gute parlamentarische Arbeit, die von vielen Abgeordneten in  
9 beiden Gruppen und auch im Europaparlament geleistet wird – beispielhaft sei hier nur der  
10 NSU-Untersuchungsausschuss im bayerischen Landtag erwähnt – wird von diesen schrillen  
11 Tönen überdeckt. Die SPD erscheint so nicht als inhaltlich kompetente Partei (die sie zweifellos  
12 wäre, wenn sie sich auf ihre Qualitäten besönne), sondern als Krawallpartei –und als solche  
13 wird sie nicht gewählt. Die katastrophal niedrigen Kompetenzzuweisungen für die BayernSPD  
14 auch in eigentlich zentralen sozialdemokratischen Themenfeldern zeigen dies offensichtlich.

15 Notwendig ist daher eine gemeinsame Aufstellung der Parlamentsgruppen und der Partei, die  
16 die kontinuierliche und klar positionierte inhaltliche Arbeit in den Mittelpunkt stellt. Die SPD  
17 muss auch in Bayern für die Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und  
18 Arbeitnehmer, für die Parteinahme für sozial oder politisch Schwache, für ein modernes,  
19 integrierendes Bildungssystem und eine freiheitliche Innen- und Rechtspolitik stehen. Und dies  
20 darf nicht nur in Schlagworten gelten, sondern in konkreten inhaltlichen Positionierungen,  
21 Gesetzesinitiativen, der Kooperation mit Interessensverbänden und vielem mehr. Die SPD muss  
22 sich als Partei der Inhalte und nicht des Geschreis positionieren. Entsprechend sind auch  
23 Personen heraus- und an die Spitze zu stellen, die für diese Schwerpunktsetzung stehen.

24 Dabei muss klar sein: Die Führungsrolle liegt bei der Partei. Parlamentsgruppen sind immer nur  
25 ausführende Organe für die inhaltlichen Positionen, die die Partei bestimmt hat. Im Rahmen der  
26 Vorgaben der Partei gestalten sie die Inhalte konkret aus. Deshalb beschränkt sich die  
27 notwendige Veränderung nicht auf die Parlamentsgruppen, sondern sie muss auch die Partei  
28 erfassen. Die BayernSPD braucht eine Diskussionskultur, bei der um Inhalte offen gestritten  
29 werden kann. Es muss eine kontinuierliche inhaltliche Arbeit in den Gremien –  
30 Landesparteitag, kleiner Landesparteitag, Landesvorstand – erfolgen; gerade der  
31 Landesvorstand hat sich in den letzten Jahren faktisch darauf beschränkt, Berichten aus den  
32 Parlamentsgruppen zu lauschen. Es braucht mehr Offenheit und den Mut, auch kontroverse  
33 Debatten auszuhalten – und diese nicht abzuwürgen zu versuchen mit dem Verweis darauf,  
34 diese würden der Außendarstellung schaden.

35 Mit der Aufstellung der Bundestagsliste und in ihrer Kampagne zur Landtagswahl hat es die  
36 bayerische SPD versäumt, auch jungen Wählerinnen und Wählern ein attraktives  
37 Personalangebot zu machen. Dies zeigt sich nun vor allem in der Landtagsfraktion: Die  
38 jüngsten Abgeordneten sind 39, das Durchschnittsalter liegt weit über 50 (zum Vergleich: Der  
39 CSU-Landtagsfraktion gehören 6 Abgeordnete unter 35 an). Der Bundestags-Landesgruppe  
40 gehört immerhin ein Abgeordneter unter

1 35 an (bei der CSU sind es 10), das Durchschnittsalter liegt im oberen Bereich der 40er.  
2 Trotzdem gilt: Die jungen Wählerinnen und Wähler – bei denen die SPD bei der  
3 Bundestagswahl die größten Zuwächse verzeichnen konnten – finden sich für die SPD in den  
4 Parlamenten nicht wieder.

5 Dies darf sich für die Wahlen 2017/18 (oder auch schon früher stattfindende  
6 Bundestagswahlen) nicht wiederholen. Eine Aufgabe der SPD ist es daher auch, gemeinsam  
7 mit den Jusos ein Konzept für die „Nachwuchsförderung“ in der Partei zu entwickeln und bei  
8 den Aufstellungen vordere Listenplätze für junge Kandidatinnen und Kandidaten vorzusehen.  
9 Dabei geht es nicht um reine „Jugendquoten“ – auf der Liste der SPD muss immer politische  
10 Kompetenz vor Alter gehen. Diese politische Kompetenz gibt es aber bei jungen Genossinnen  
11 und Genossen (und hat es auch für die Listen 2013 gegeben), und dann muss sich diese  
12 Altersgruppe auch auf den vorderen Plätzen von Listen befinden. Eine Liste, die – wie die letzte  
13 Liste zur Bundestagswahl – ausschließlich nach Regionalproporz und nach der Frage, wer  
14 bereits wie oft kandidiert hat (vergeblich oder erfolgreich) zusammengestellt wird und weitere  
15 Kriterien wie Altersgruppen, andere politische Zielgruppen und Kompetenz für wichtige  
16 sozialdemokratische Themenfelder ignoriert, verliert an Attraktivität für die Wählerinnen und  
17 Wähler. Auch das zeigen die Wahlergebnisse der BayernSPD.

18 Die nächsten Jahre werden für die SPD gerade in Bayern eine große Herausforderung sein. Es  
19 gilt, den Weg hin zu einer sozialdemokratisch geführten Regierung endlich offensiv  
20 anzupacken und dabei die inhaltliche Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen. Wir sind als Jusos  
21 aber überzeugt: Ein solcher Weg wird für die SPD erfolgreich sein. In Bayern nicht zwingend  
22 mit einem spektakulären Sieg bei der nächsten Wahl, sondern mit einem Prozess des  
23 Wiedererstarkens über mehrere Legislaturperioden. Wir Jusos wollen diesen Weg gestalten  
24 und bieten allen, die an einer erfolgreichen BayernSPD interessiert sind, die Zusammenarbeit  
25 und auch die Auseinandersetzung über unterschiedliche Wahrnehmungen und  
26 Herangehensweisen an. Die Auseinandersetzung lohnt sich: Denn nur mit der SPD in  
27 Regierungsverantwortung kann es ein gerechtes und soziales Bayern geben!

# 1 B Gleichstellung

## B 2: Toleranz fördern - Diskriminierung abbauen

### Gleiche Rechte für homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen

an: Landesparteitag, Bundeskongress für Bundesparteitag der SPD, Landtags- und Bundestagsfraktion

2 Die rechtliche Situation von Lesben und Schwulen in Deutschland hat sich seit 1969  
3 kontinuierlich verbessert. Insbesondere die rot-grüne Bundesregierung hat große Schritte in  
4 Richtung Gleichstellung unternommen, unter anderem durch die Einführung der eingetragenen  
5 Lebenspartnerschaft. Auch in der Gesellschaft und den Medien wird das Thema  
6 Homosexualität nicht mehr tabuisiert, die echte gesellschaftliche Gleichstellung ist jedoch bei  
7 weitem noch nicht vollzogen. Gesellschaftlich gehören Diskriminierungserfahrungen immer  
8 noch zum Alltag von Schwulen und Lesben. Schon das Outing gegenüber Familie und  
9 Freunden bedeutet für die meisten schwulen und lesbischen Jugendlichen weiter eine  
10 besondere Herausforderung – insbesondere für jene, die unter mehrfacher Diskriminierung  
11 leiden, wie zum Beispiel Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund. Aber auch am  
12 Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit erfahren Schwule und Lesben nach wie vor Ablehnung.  
13 Auch in vielen gesetzlichen Regelungen sind Schwule und Lesben weiterhin schlechter gestellt.  
14 Trotz vieler, oft erst vom Bundesverfassungsgericht erzwungener Anpassungen, bestehen  
15 weiterhin vielfältige Unterschiede in der Behandlung von Ehen und Lebenspartnerschaften,  
16 darunter für die Betroffenen einschneidende Benachteiligungen im Steuerrecht und im  
17 Adoptionsrecht.

18  
19 Die Situation Transsexueller (die sich selbst nicht dem körperlich gegebenen Geschlecht  
20 zuordnen) und intersexueller Menschen (die weder dem männlichen noch dem weiblichen  
21 Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können) wird jedoch auch in unserer Gesellschaft  
22 weitgehend tabuisiert und ihre Rechte missachtet.

23  
24 Nach geltenden gesetzlichen Regelungen und Verfahren müssen Transsexuelle sich zu  
25 identitätsgestörten Menschen erklären. Da diese Verfahren die Geschlechtsidentität  
26 transsexueller Menschen nicht umfassend respektieren, verstoßen sie gegen Menschenrechte.  
27 Intersexuelle werden in der Regel im Kindesalter ohne ihre Einwilligung an ihren uneindeutigen  
28 Genitalien operiert, um diese zu "vereinheitlichen", wobei in Kauf genommen wird, dass ihr  
29 sexuelles Empfinden vermindert oder gänzlich zerstört wird. Ein Leben als Intersexueller ist in  
30 unserer Gesellschaft nicht vorgesehen.

31 Für die Gleichstellung von homosexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen besteht  
32 also nach wie vor deutlicher Handlungsbedarf. Deshalb stellen wir folgende Forderungen auf,  
33 um die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung voranzutreiben und Diskriminierungen  
34 aktiv zu bekämpfen.

1 Bundes- und Landesebene:

- 2 • Verbot der Benachteiligung aufgrund der sexuellen Identität: Die derzeitige Formulierung  
3 des Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheit vor dem Gesetz) kann die rechtliche  
4 Benachteiligung von Schwulen und Lesben offensichtlich bisher nicht wirksam verhindern.  
5 Deswegen fordern wir, den Artikel 3 um das Merkmal „sexuelle Identität“ zu ergänzen.
- 6 • Gleichstellung von Regenbogenfamilien: Der besondere Schutz von Ehe und Familie in  
7 Artikel 6 des Grundgesetzes soll für alle familiären Gemeinschaften gelten. Familien mit  
8 zwei Vätern oder zwei Müttern sollen familien-, steuer- und sozialrechtlich gleichgestellt  
9 werden.
- 10 • Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe: Durch die Einführung der  
11 eingetragenen Lebenspartnerschaft wurden sowohl die Bürgerrechte lesbischer wie schwuler  
12 Paare als auch die gesellschaftliche Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Beziehungen  
13 gestärkt. Verpartnerte homosexuelle Paare besitzen allerdings immer noch nicht dieselben  
14 Rechte wie verheiratete Heterosexuelle. Wir fordern die Öffnung der Ehe für  
15 gleichgeschlechtliche Paare, bestehende eingetragene Lebenspartnerschaften sind dieser  
16 gleichzustellen.
- 17 • Adoptions- und Sorgerecht für homosexuelle Paare: Es ist derzeit Ehepaaren und  
18 Einzelpersonen erlaubt, Kinder zu adoptieren, homosexuellen Paaren ist dies hingegen  
19 verwehrt. Argumente zugunsten dieser Diskriminierung mit Verweis auf das Kindeswohl sind  
20 durch eine Studie des Bundesjustizministeriums, die zeigt, dass das Wohlergehen der  
21 Kinder nicht davon abhängt, ob die Eltern in hetero- oder homosexuellen Partnerschaften  
22 leben, widerlegt. Wir fordern daher, die Benachteiligung von homosexuellen Paaren  
23 hinsichtlich des Adoptions- und Sorgerechtes zu beenden.
- 24 • Künstliche Befruchtung für lesbische Paare erlauben: Die Richtlinien zur assistierten  
25 Reproduktion der Bundesärztekammer untersagen jegliche ärztliche Unterstützung bei einer  
26 künstlichen Befruchtung, wenn die betreffende Frau in einer lesbischen Partnerschaft lebt.  
27 Dabei spielen ethische Gründe hier keine Rolle. Ärzte sollen so vor möglichen  
28 Unterhaltsansprüchen der gezeugten Kinder geschützt werden, denn das Abstammungsrecht  
29 misst in diesem Fall mit zweierlei Maß: Wird ein Kind in einer Ehe durch künstliche  
30 Befruchtung mit dem Erbgut einer dritten Partei gezeugt, so gilt es rechtlich als Kind des  
31 Ehepaars. Bei dem Paar in der eingetragenen Lebenspartnerschaft verhält es sich aber nicht  
32 so. Deswegen fordern wir, dass für homosexuelle Paare in eingetragener  
33 Lebenspartnerschaft zukünftig dasselbe Abstammungsrecht wie für Eheleute gilt. Auch die  
34 Beschränkung auf verheiratete Paare muss aufgehoben werden, das Recht auf  
35 Familiengründung muss für alle gelten.
- 36 • Verfolgten Schwulen und Lesben Schutz bieten: In vielen Ländern werden Lesben und  
37 Schwule wegen ihrer Homosexualität verfolgt. Es drohen Haft- und Todesstrafen.  
38 Deutschland muss deshalb Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität verfolgt werden, Asyl  
39 gewähren. Auf internationaler Ebene muss sich die Bundesrepublik gegen die Verfolgung  
40 und für die Gleichstellung Homo-, Trans- und Intersexueller einsetzen.

- 1 • Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität in der NS-Zeit muss  
2 aufgearbeitet und in das Gedenken und in die historische Darstellung miteinbezogen  
3 werden.
- 4 • Rehabilitierung und Entschädigung der in der BRD und DDR Verurteilten: Lesben und  
5 Schwule wurden nach 1945 weiter strafrechtlich verfolgt. 1968 wurde der §175 zwar  
6 aufgeweicht, zu seiner endgültigen Streichung kam es aber erst 1994. Auch die DDR hat  
7 Homosexualität unter Erwachsenen bis 1968 nicht vollständig entkriminalisiert. Die Opfer  
8 dieser menschenrechtswidrigen Strafverfolgung in West und Ost müssen rehabilitiert und  
9 entschädigt werden.
- 10 • Freie Wahl des Geschlechts in amtlichen Dokumenten: Menschen sollte das Recht  
11 eingeräumt werden, das Geschlecht in amtlichen Dokumenten frei zu wählen, jedoch nur  
12 wenn ausschließlich dieses gewünschte Geschlecht von der jeweils betroffenen Person einen  
13 gewissen Zeitraum lang öffentlich bekundet wurde und dies auch nach erfolgreicher  
14 Bewilligung so weitergeführt wird. Für Transsexuelle stellt die Änderung der  
15 Geschlechtsangabe in offiziellen Dokumenten nach einer Geschlechtsanpassung eine  
16 menschlich oft schwierige bürokratische Herausforderung dar. Intersexuellen Menschen wird  
17 dies generell nicht gestattet. Vorbild ist hier Australien, das ein drittes Geschlecht X  
18 ("unspecified") eingeführt hat. Dieses Modell soll auch in Deutschland eingeführt werden,  
19 da insbesondere Intersexuelle sich nicht einem Geschlecht zuordnen lassen wollen.  
20
- 21 • Aufklärung in Schulen, Sensibilisierung der Lehrkräfte, Aufklärung am Arbeitsplatz: Viele  
22 lesbische und schwule Jugendliche haben nach wie vor Angst, von ihrem Umfeld abgelehnt  
23 oder sogar gemobbt zu werden. Deswegen muss in den Schulen entsprechende  
24 Aufklärungsarbeit über Homosexualität geleistet werden. Das betrifft u.a. Lehrpläne und  
25 Lehrer\_innenausbildung. Auch in den Betrieben und Unternehmen sollten Maßnahmen  
26 getroffen werden, die ein Klima am Arbeitsplatz fördern, das den offenen Umgang mit der  
27 Geschlechtsidentität erleichtert und Diskriminierung abbaut.

#### 28 Kommunale Ebene:

- 29 • Stadtgeschichte ist auch immer Geschichte der Lesben und Schwulen. Dies darf in der  
30 lokalen Geschichtsschreibung nicht mehr totgeschwiegen werden. Städtische Einrichtungen  
31 sollen beauftragt werden, auch die geschichtliche Situation der Homosexuellen zu  
32 recherchieren. Auch der Lesben und Schwulen, Trans- und Intersexuellen soll würdig  
33 gedacht werden.
- 34 • In Bildungs- Kultur- und Jugendeinrichtungen müssen Angebote für Lesben und Schwule  
35 geschaffen werden. Städtisches Personal und Mitarbeiter\_innen im Bildungs- und  
36 Erziehungsbereich sollen in Schulungen zu Homosexualität und Geschlechtsidentität  
37 sensibilisiert werden.
- 38 • Unterstützung von Organisationen und Vereinen: Viel Aufklärungsarbeit für die Belange  
39 homosexueller, transsexueller und intersexueller Menschen wurde und wird durch das  
40 ehrenamtliche Engagement von Menschen geleistet. Dieses Engagement gilt es von  
41 kommunaler Seite zu stärken und zu fördern.

- 1 • Einbeziehung des Themas in die Integrationsarbeit und Schaffung von Beratungsangeboten  
2 für Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund
- 3 • Kommunale Koordinierungsstellen/Beauftragte auf allen Ebenen: In den Kommunen sind  
4 nach Münchener Vorbild Koordinierungsstellen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zu  
5 gründen, die sich nicht nur um die Belange der Lesben und Schwulen, sondern auch um  
6 jene der Trans- und Intersexuellen kümmern, sie beraten und Öffentlichkeitsarbeit u.a.m.  
7 leisten.
- 8 • Besseres Leben von Homosexuellen im Alter: Die traditionelle Senior\_innenarbeit ignoriert  
9 die Bedürfnisse älterer homosexueller Männer und Frauen noch weitgehend, weder im  
10 Freizeit- noch im Bildungsbereich gibt es zielgruppenorientierte Angebote. Notwendig sind  
11 Konzepte für die kultursensible Versorgung, Pflege und Begleitung von lesbischen Frauen  
12 und schwulen Männern.

## 13 C Arbeit

### 14 C 1: ArbeitnehmerInnenkammer Bayern

#### 15 Einführung einer gesetzlichen ArbeitnehmerInnenvertretung in 16 Bayern

17  
18 an Landesparteitag, Landtagsfraktion

19  
20 (1) Gesetzliche ArbeitnehmerInnenvertretung Bayern

21 Die Jusos Bayern fordern die Einführung einer gesetzlichen ArbeitnehmerInnenvertretung im  
22 Bayern, die die betriebliche Mitbestimmung ergänzen soll. Ähnlich wie die bereits  
23 bestehenden ArbeitnehmerInnenkammern in Bremen und im Saarland oder auch in Österreich  
24 sollen auch in Bayern die Interessen der ArbeitnehmerInnen auf Landesebene vertreten. Die  
25 ArbeitnehmerInnenkammer Bayern ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

26  
27 (2) Aufgaben

28 Die ArbeitnehmerInnenkammer Bayern vertritt die Gesamtinteressen der, in der Kammer  
29 organisierten ArbeitnehmerInnen. Sie vertritt öffentlich und im politischen Prozess für die  
30 Belange der ArbeitnehmerInnen in wirtschaftlichen, beruflichen, kulturellen und sozialen  
31 Belangen sowie Fragen der Gleichstellung und Gleichbehandlung mit dem Ziel der  
32 Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten. Bei  
33 Gesetzesinitiativen im Bayerischen Landtag, die die Belange der ArbeitnehmerInnen betreffen  
34 muss die ArbeitnehmerInnenkammer gehört werden.

35  
36 Die Kammer übernimmt in Eigenregie die Organisation und Entwicklung eines basalen  
37 politischen und allgemeinbildende Weiterbildungsangebots für Ihre Mitglieder, welche nicht  
38 auf die breiteren Angebote einer Gewerkschaft zugreifen können. In enger Zusammenarbeit  
39 mit den Gewerkschaften und den Gremien der betrieblichen Mitbestimmung entwickelt sie

1 Vorschläge und politischen Initiativen zur Verbesserung der Arbeits- und  
2 Ausbildungsbedingungen ihrer Mitglieder, sowie deren sozialen und gesellschaftlichen  
3 Bedürfnisse.

4

5 Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit der ArbeitnehmerInnenkammer Bayern soll auf der  
6 Kontrolle der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen liegen. Die ArbeitnehmerInnenkammer  
7 Bayern soll als Einrichtung der Arbeitnehmerseite die bisherigen Kammerstrukturen der  
8 Arbeitgeberseite ergänzen. Die ArbeitnehmerInnenkammer fungiert als Ansprechpartnerin  
9 auch in Betrieben, die bisher keine Strukturen der betrieblichen Mitbestimmung haben. Sie soll  
10 von allen abhängig Beschäftigten und Auszubildenden angerufen werden können um Verstöße  
11 gegen Arbeitsschutzrichtlinien und Ausbildungsstandards sowie gesetzliche Regelungen wie  
12 das Jugendarbeitsschutzgesetz auch in Betrieben in denen keine Gremien der betrieblichen  
13 Mitbestimmung vorhanden sind, aufzudecken und anzuzeigen.

14

### 15 (3) Mitglieder

16 Mitglied der ArbeitnehmerInnenkammer Bayern sind alle im Freistaat Bayern tätigen  
17 ArbeitnehmerInnen sowie die zu im Rahmen eines Berufsausbildungsverhältnisses  
18 beschäftigten. Als ArbeitnehmerInnen in diesem Sinne gelten alle Personen die wegen ihrer  
19 wirtschaftlichen Unselbständigkeit als arbeitnehmerähnliche Beschäftigte anzusehen sind.  
20 Ausgenommen sind Vorstandsmitglieder, GeschäftsführerInnen und leitende Angestellte.

21

22 Die Mitgliedschaft in der Kammer beginnt mit der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses und  
23 endet mit dem Ausscheiden der/des Arbeitnehmers/in aus dem Arbeitsleben. Der Bezug von  
24 Regelleistungen nach SGB II beendet nicht die Kammerzugehörigkeit.

25

### 26 (4) Wahlen und Besetzung

27 Die Mitglieder der Vollversammlung der ArbeitnehmerInnenkammer Bayern werden alle 5  
28 Jahre direkt von den Mitgliedern der ArbeitnehmerInnenkammer Bayern gewählt. Diese  
29 wiederum, als höchstes Beschlussfähiges Gremium wählt aus den Mitgliedern der  
30 ArbeitnehmerInnenkammer einen Vorstand und Geschäftsführung.

31

### 32 (5) Finanzierung

33 Die ArbeitnehmerInnenkammer Bayern finanziert sich durch die Pflichtbeiträge ihrer Mitglieder,  
34 die direkt vom Arbeitgeber abgeführt werden. Die Beiträge liegen bei 0,1 % des Bruttolohns.

35

### 36 Begründung:

37 Die Etablierung von ArbeitnehmerInnenkammern ist eine Forderung, welche es auf  
38 Länderebene umzusetzen gilt. Aus diesem Grund bezieht sich der Antrag der Jusos Bayern  
39 explizit auf die Schaffung einer bayerischen ArbeitnehmerInnenkammer und ihre Verankerung  
40 in der Landesgesetzgebung.

41

42 Die Einführung einer ArbeitnehmerInnenkammer, welche bereits in ähnlicher Form in Bremen,  
43 Saarland und Österreich existieren, scheint notwendig, da das bisherige Kammersystem

1 maßgeblich von der Arbeitgeberseite getragen und bestimmt wird. Dies ist gleichbedeutend  
2 mit einem gestalterischen Übergewicht der ArbeitgeberInnen und einer mangelnden  
3 Repräsentation der Anliegen der ArbeitnehmerInnen. Durch Einführung der  
4 ArbeitnehmerInnenkammern wird ein arbeitsmarktpolitisches Organ geschaffen, welches den  
5 ArbeitnehmerInnen zum einen eine betriebs- und branchenübergreifende Lobby mit  
6 umfassender Beratungsfunktion ermöglicht, zum anderen aber auch eine von  
7 Arbeitnehmerinnenseite getragene direkte Kontrolle der Arbeits- und Lebensbedingungen  
8 einräumt.

9  
10 ArbeitnehmerInnenkammern ermöglichen diese Stärkung der Arbeitnehmerinnenseite auch in  
11 Betrieben ohne Betriebsrat. Damit sind sie jenseits des gewerkschaftlichen Aufgabenfeldes  
12 anzusiedeln und keinesfalls als Konkurrenz bzw. Gefahr der gewerkschaftlichen Strukturen zu  
13 verstehen. Vielmehr wird die bayrische Kammer als Parallelstruktur zu Gewerkschaften  
14 konzipiert. Der Informationsfluss und die Arbeitsgrundlage der Kammer sind nicht an die  
15 Existenz von Betriebsräten gebunden, weshalb auch ArbeitnehmerInnen erfasst werden  
16 können, welche in solchen von Gewerkschaften kaum beeinflussbaren Betrieben arbeiten. Das  
17 Recht zur Aushandlung von Tarifverträgen bleibt jedoch genuine Aufgabe der Gewerkschaften,  
18 welche von der ArbeitnehmerInnenkammer nicht angetastet wird.

## 19 D Internationales und Innen

### 20 Initiativantrag: Der Skandal von Lampedusa: Flüchtlingen helfen 21 – Abschottung beenden – Ursachen bekämpfen

22 Wieder sind ca. 350 Schutzsuchende aus Afrika vor Lampedusa ums Leben gekommen. Das  
23 Flüchtlingssterben vor den Außengrenzen Europas ist jedoch nichts Neues, von 1993 bis 2012  
24 sind bereits mehr als 17.000 schutzsuchende Menschen im Mittelmeer umgekommen.

25 Medien und Politiker verharmlosen diese vermeidbaren Katastrophen als "Flüchtlingsdrama"  
26 oder "Unglück", so als ob es sich um "höhere Gewalt" handele. Dabei wird unterschlagen,  
27 dass diese Todesfälle ein Resultat der Dublin-II-Verordnung aus dem Jahre 2003 darstellen. Die  
28 EU betreibt eine völlige Abschottung ihrer Außengrenzen und festigt das Bestreben der  
29 Nationalstaaten dazu, da "Dublin II" festlegt, dass Flüchtlinge nur in dem Mitgliedsstaat Asyl  
30 gewährt werden muss, den sie als Erstes betreten.

31 Den Flüchtlingen wird also keine andere Wahl gelassen als zu versuchen, mit Hilfe der  
32 Schlepper nach Europa zu gelangen. Dies hat zur Folge, dass Peripherie- und  
33 Mittelmeeranrainerstaaten, wie Griechenland, Italien und mit Abstrichen auch Spanien ein  
34 wesentlich höheres Aufkommen an Flüchtlingen haben als zum Beispiel Deutschland, das seit  
35 dem sogenannten Asyl-Kompromiss so gut wie niemandem mehr Asyl gewähren muss, da es  
36 vollständig von sicheren Drittstaaten umgeben ist.

37 Die unmittelbare Folge dieser Politik ist offensichtlich: die Peripherie-Staaten sind mit der  
38 Situation überfordert, unterschiedlichste Formen der Rechtsbeugung bis hin zur Aushebelung  
39 klarer völkerrechtlicher Normen sind umfangreich dokumentiert.

1 Doch statt zumindest eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Staaten anzustreben,  
2 etablierte man eine neue EU-Behörde namens "FRONTEX", die offiziell der Kooperation des  
3 fragmentierten europäischen Grenzschutzes dienen sollte. Die eigentliche Tätigkeit verschob  
4 sich jedoch rasch zur militärischen Aufrüstung der EU-Außengrenzen, um zu verhindern, dass  
5 Flüchtlinge den europäischen Kontinent betreten.

6 Die EU setzt nicht auf Entspannung der Situation. Ganz im Gegenteil. Erst letzte Woche wurde  
7 im EU-Parlament der Aufbau des Grenzüberwachungssystems Eurosur (Ausbau der  
8 Grenzsicherung durch Vernetzung bestehender Grenzsicherungseinrichtungen und moderne  
9 Technologien, Drohnen und Satelliten) beschlossen.

10 Diese Situation ist nicht hinnehmbar. Neben der Bereitstellung dringend notwendiger Hilfe für  
11 die Flüchtlinge und Peripheriestaaten müssen die verschwiegenen Ursachen des  
12 Flüchtlingselends bekämpft werden: Außer den sozialen und politischen Verhältnissen in vielen  
13 afrikanischen Staaten, zumeist auch Folgen des Kolonialismus, betrifft dies insbesondere die  
14 aggressive Außenwirtschafts- und verfehlte Entwicklungspolitik von D, EU, IWF und WB.

15 Deswegen fordern WIR sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene ein völliges Umdenken in  
16 der Flüchtlingspolitik. Die Abschottungspolitik und die inhumane Politik gegenüber Flüchtlingen  
17 muss ein Ende nehmen.

18 Konkret fordern wir:

19 Eine Abkehr von der geltenden Dublin-II-Praxis und eine grundlegende Neuausrichtung der  
20 europäischen Asylpolitik gemäß Juso-Beschlusslage.

21 die Bundesregierung auf, sich für zwischenstaatliche Solidarität einzusetzen, in dem die  
22 Bundesrepublik mehr Flüchtlinge aufnimmt.

23 die EU-Behörden dazu auf, Schutzsuchenden Flüchtlingen eine gefahrenfreie Einreise in die EU  
24 zu ermöglichen und die Praxis von Grenzschutzbehörden, Flüchtlinge illegal zurückzuweisen,  
25 sofort zu beenden. Bootsflüchtlinge, die auf Hoher See angetroffen werden, müssen in den  
26 nächsten sicheren Hafen der EU gebracht und nicht abgefangen und/oder abgedrängt  
27 werden.

28 Die Aufrüstung der EU-Außengrenzen muss unterlassen bzw. rückgängig gemacht werden.  
29 Rückübernahmeabkommen mit Transitstaaten müssen aufgekündigt und Neuabschlüsse  
30 unterlassen werden.

31 eine grundlegende Änderung der Außenwirtschafts- und Entwicklungshilfepolitik: Die  
32 Bundesregierung muss sich innerhalb der EU, aber auch beim IWF und der Weltbank dafür  
33 einsetzen, dass eine Entwicklungspolitik betrieben wird, die Entwicklungsländer auf  
34 Augenhöhe sieht und deren Anliegen respektiert. Freihandelsverträge, die die wirtschaftliche  
35 Entwicklung in den jeweiligen Ländern einschränken, müssen zu Gunsten der betroffenen  
36 Staaten neu verhandelt werden.

# 1 Initiativantrag: TTIP – so nicht!

2 An: Bundeskongress mit Ziel Bundesparteitag

3 Derzeit wird das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und  
4 der EU, kurz TTIP für Transatlantic Trade and Investment Partnership, verhandelt. Wir Jusos  
5 verfolgen diese Verhandlungen sehr kritisch und sehen die folgenden Punkte als essentiell  
6 wichtig:

- 7 - Die Verhandlungen werden unter demokratischer Beteiligung der Parlamente und der  
8 Zivilgesellschaft mit größtmöglicher Transparenz geführt. Auch nach Abschluss der  
9 Verhandlungen sind die Vereinbarungen und Ausgestaltung des Abkommens  
10 dauerhafter demokratischer Kontrolle zu unterwerfen.
- 11 - Es werden keine Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge angetastet, Liberalisierung  
12 oder Privatisierung öffentlicher Bereiche, insbesondere auch im öffentlichen  
13 Beschaffungswesen, dürfen keinesfalls erleichtert oder ermöglicht werden, die  
14 Möglichkeit Vergabekriterien festzulegen darf nicht eingeschränkt werden. Auch  
15 weitere Deregulierungen des Finanzsektors dürfen nicht Bestandteil des Abkommens  
16 sein.
- 17 - ArbeitnehmerInnenrechte müssen gewahrt bzw. ausgebaut werden.
- 18 - Soziale und ökologische Zielsetzungen müssen gleichrangig neben wirtschaftlichen  
19 Interessen berücksichtigt werden, EU-Standards im Arbeits-, Umwelt-, VerbraucherInnen-  
20 und Gesundheitsschutz dürfen nicht preisgegeben werden.
- 21 - Das Abkommen darf keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, insbesondere  
22 wenn dadurch ArbeitnehmerInnenrechte oder staatliche Regulationsmöglichkeiten  
23 berührt werden.
- 24 - Das Vorsorgeprinzip behält seine uneingeschränkte Gültigkeit.
- 25 - Das Patent- und Markenwesen darf nicht über den jetzigen europäischen Standard  
26 hinaus verkompliziert werden. Die Kosten für Normung und entsprechende  
27 Zertifizierung müssen begrenzt werden und sich im Zweifel am Unternehmensumsatz  
28 orientieren.
- 29 - Demokratisch legitimierte Regeln und Entscheidungen von Bund, Ländern und  
30 Gemeinden dürfen nicht den Interessen ausländischer InvestorInnen untergeordnet bzw.  
31 von diesen eingeschränkt werden.

32 Da nach derzeitigem Stand alle diese Punkte nicht oder nur unzureichend in den  
33 Verhandlungen berücksichtigt werden, sprechen wir Jusos uns gegen das geplante  
34 transatlantische Handels- und Investitionsabkommen aus und fordern unsere  
35 MandatsträgerInnen dazu auf, ihren Einfluss geltend zu machen und sich dafür einzusetzen,  
36 die Verhandlungen zu beenden.

37 Begründung

38 Die EU-Kommission hofft, das geplante Transatlantische Freihandels- und  
39 Investitionsschutzabkommen sorge für mehr Wachstum und Arbeitsplätze, sogar als Lösung für  
40 die derzeitige Krise im Euro-Raum wird es gesehen. Der Handel zwischen Europa und den  
41 USA ist ohnehin bereits stark liberalisiert, durch das TTIP sind weitere Vereinheitlichungen von  
42 Standards und Normen zu erwarten. Besonders groß sind die ökonomischen Erwartungen  
43 durch den geplanten Abbau so genannter nichttarifärer Handelshemmnisse. Darunter sind

1 Vorschriften für Produkte und Produktionsweisen, Umweltauflagen oder auch Bankenreglements  
2 zu verstehen. Das TTIP geht über herkömmliche Handelsabkommen hinaus, weit mehr  
3 wirtschaftliche Vorschriften sind betroffen. Der Rahmen für die aktuellen Verhandlungen ist  
4 deshalb sehr weit gesteckt.

5 Durch das TTIP wird die Angleichung von Standards in vielen Bereichen angestrebt – z. B. in  
6 der Landwirtschaft, in der Energie- und Finanzwirtschaft, im Bereich der öffentlichen  
7 Beschaffung oder der Arbeitswelt. Es droht eine Absenkung oder gar Aushebelung  
8 europäischer, auf dem Vorsorgeprinzip beruhender Standards. Beispiele hierfür sind etwa die  
9 Zulassung von Chemikalien und gentechnisch veränderten Organismen, umstrittene Methoden  
10 in der Lebensmittelproduktion (Gentechnik, Klonen und Hormonbehandlung von Nutztieren)  
11 oder auch das bei den Jusos kritisch bewertete Fracking. Angleichungen sind auch im  
12 Dienstleistungssektor, beim Schutz des geistigen Eigentums (z. B. Patente) und im Bereich der  
13 Kultur angestrebt. Weiterhin sind der Abbau von Barrieren für Investitionen und  
14 Dienstleistungen und die Öffnung des öffentlichen Auftragswesens geplant. Hier werden  
15 essentielle Bereiche der Daseinsvorsorge berührt. Der sogenannte Investitionsschutz könnte US-  
16 InvestorInnen Klagen vor einem Schiedsgericht gegen deutsche Behörden ermöglichen, die  
17 z.B. (deutsche) Umweltvorschriften befolgen, die in den USA deutlich weniger streng gestaltet  
18 sind. Das Schiedsgericht würde in sehr teuren und geheimen Verfahren entscheiden.

19 Ein Dumping von lange erkämpften europäischen Standards und Bürgerrechten ist zu  
20 verhindern, genauso wie Vorschriften, die zukünftige Arbeits-, Gesundheits-, Umwelt- oder  
21 Verbraucherschutzregeln blockieren oder aushebeln. Unter dem Vorwand des Abkommens  
22 darf sich kein paralleles Pseudo-Rechtssystem entwickeln. Wir wollen, dass die Verhandlungen  
23 aus oben genannten Gründen beendet werden, bis es soweit ist, fordern wir ein transparentes  
24 Verhandlungsverfahren unter Einbezug der Presse und der Öffentlichkeit, welches alle Aspekte  
25 und (indirekten) Auswirkungen des geplanten Abkommens berücksichtigt, ohne wirtschaftliche  
26 Erwartungen in den Vordergrund zu rücken.

## 27 D 1: Perspektiven für afghanische Angestellte im Zuge des 28 Bundeswehrabzugs 2014

29 an Juso-Bundeskongress mit Ziel SPD-Bundesparteitag

30

31 Antrag: Die Jusos Bayern fordern eine Perspektive für die zivilen afghanischen MitarbeiterInnen  
32 (Bundeswehr-interne Bezeichnung: „Ortskräfte“) der Bundeswehr und deutsche Stiftungs- und  
33 Hilfswerke im Zuge des geplanten und absehbaren Abzuges der ISAF-Kontingente. Eine  
34 Ausweitung auf die Beschäftigten von multinational betriebenen Einrichtungen und Basen soll  
35 geprüft werden, wenn eine maßgebliche deutsche Beteiligung vorliegt und kein anderes Land  
36 den dort Beschäftigten ein Angebot macht, das ihre Sicherheitsbedürfnisse angemessen  
37 adressiert. Dabei sind auch Subunternehmer in die Prüfung einzuschließen. Das entscheidende  
38 Kriterium ist eine Bedrohung von Leib und Leben aufgrund der vorherigen Tätigkeit für die  
39 ausländischen Truppen.

40

1 Es soll den einheimischen MitarbeiterInnen sowie ihren unmittelbaren, abhängigen  
2 Familienmitgliedern (Ehepartnern und Kindern) dazu die Ausstellung eines Aufenthaltstitels in  
3 Form einer „Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG“ oder zumindest einer  
4 „Niederlassungserlaubnis“ (nach AufenthG) für die Bundesrepublik Deutschland angeboten  
5 werden. Über die zusätzliche Ausgabe von Aufenthaltstiteln an weiteren Familienmitglieder  
6 (Bsp.: von den Betreffenden versorgte Eltern) ist auf begründeten Antrag unbürokratisch zu  
7 entscheiden, Ansiedlungswünsche von Angestellten anderer Bündnispartner zum Zwecke der  
8 Familienzusammenführung sind im Einzelfall sachlich zu prüfen und bei Vertretbarkeit zu  
9 gewähren.

10  
11 Ein solches Programm stellt keine „lex specialis“ dar, die das Asylrecht unterläuft, da nach  
12 gegenwärtiger Rechtslage erst Deutschland (und zwar ohne Passage über sichere Drittstaaten)  
13 erreicht werden müsste, bevor ein Asylverfahren überhaupt möglich wäre. Entsprechende Visa  
14 werden jedoch von den afghanischen Autoritäten fast nicht und von deutschen Behörden nur  
15 sehr zögerlich ausgestellt. Die Ausgabe entsprechender Aufenthaltsgenehmigungen ist bereits  
16 im GG wohldefiniert und bedarf keiner Gesetzesänderung, es geht einzig um den politischen  
17 Willen.

18  
19 Die Strukturierung der Forderungen dieses Antrages erfolgt in enger Anlehnung an die  
20 bestehenden Programme fast aller NATO-Bündnispartner im Umgang mit deren Hilfskräften.  
21 Ob USA, Kanada, Niederlande, GB, Dänemark oder Frankreich, alle haben ein  
22 entsprechendes Programm in Vorbereitung resp. Ausführung. Die Forderungen dieses Antrages  
23 sind zugleich so gefasst, dass seine Aktualität auch für weitere, potentielle (also zukünftig  
24 mögliche) Auslandseinsätze gilt und diese Überlegungen daher nach einmaliger Realisierung  
25 für alle weiteren Engagements deutscher Soldaten im Ausland mitgedacht werden müssten. Es  
26 handelt sich also um die Schaffung eines Präzedenzfalles.

27  
28 Die Integration der UmsiedlerInnen ist durch ein eigens initiiertes Programm zu unterstützen.  
29 Insbesondere ist die zukünftige ökonomische Eigenständigkeit der Betroffenen durch die  
30 Erlangung und Vertiefung von Berufsqualifikationen sicherzustellen. Auch gesellschaftliche  
31 Integration muss gezielt gefördert werden. Inwieweit dazu Strukturen eines nach progressiven  
32 Gesichtspunkten reformierten Asylwesens oder ein eigenständiges, befristetes Programm  
33 genutzt werden, bleibt dem Gesetzgeber überlassen. Alternativ soll eine Abfindung in Höhe  
34 von drei Jahresgehältern (Stand letzte Bezüge, angelehnt an durch Australien getroffene  
35 Regelung) offeriert werden, um es den ehemaligen Angestellten und ihren Angehörigen zu  
36 ermöglichen, sich dem Zugriff möglicher Racheakte (die bereits jetzt ein erhebliches  
37 Bedrohungspotential bilden und in nicht wenigen Fällen auch schon ausgeführt wurden) zu  
38 entziehen.

39  
40 Die Kosten für oben genannte Maßnahmen sind aus dem Etat des Bundesministeriums der  
41 Verteidigung zu bestreiten.

42

1 Begründung: Der Ende 2001 beschlossene Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der durch den  
2 UN-Sicherheitsrat mandatierten NATO-geführten ISAF-Operation steht – nach Ankündigung  
3 und Planung der Bundesregierung - vor seinem Ende. Wiewohl auch darüber hinaus eine  
4 militärische Präsenz der Bundeswehr nicht auszuschließen ist, so ergibt sich mit der  
5 vollständigen Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Verantwortung eine  
6 grundsätzlich neue Situation. Es erscheint dabei zunehmend zweifelhaft, ob die Verbände der  
7 ANA (Afghanistan National Army) sowie die Polizeistreitkräfte die innere Sicherheit ohne  
8 Unterstützung durch Koalitionstruppen aufrechterhalten können.

9  
10 Da die für die Operationsfähigkeit der Koalitionstruppen unabdingbaren einheimischen  
11 Hilfskräfte bereits in der Vergangenheit unter einer Vielzahl von Repressalien und sogar  
12 Anschlägen zu leiden hatten ist ihr Verbleib nach Abzug der ISAF-Truppen unververtretbar.  
13 Gleiches gilt für lokale Kräfte der politischen Stiftungen und privater Hilfswerke, denen (ebenso  
14 wie den bei der ISAF Angestellten) häufig „Kollaboration mit dem Feind“ und „unislamisches  
15 Verhalten“ unterstellt wird, „Verbrechen“, die nach Auffassung ihrer meist (noch) anonymen  
16 Ankläger mit dem Tod oder zumindest schwersten Körperstrafen bestraft werden müssen.

17  
18 Unabhängig von jeder ethischen oder moralischen Notwendigkeit für die hier geforderten  
19 Maßnahmen sei ferner auf einige besondere Charakteristika dieser Gruppe hingewiesen  
20 (diese sollen ausdrücklich NICHT als Argumente für eine Aufnahme verstanden werden,  
21 sondern stattdessen offensichtliche Reservationen adressieren).

- 22 • Sämtliche Angestellten wurden vor Beginn und im Laufe ihrer Tätigkeit für die  
23 Bundeswehr oder deutsche Organisationen mehrfach intensiv auf mögliche  
24 Verbindungen zu fundamentalistisch-islamischen Kreisen und zur organisierten  
25 Kriminalität geprüft.
- 26 • Durch die zumeist langjährige Tätigkeit liegen umfassende Kenntnisse über Fähigkeiten  
27 und Charakter der AntragstellerInnen vor.
- 28 • Aus der Verwendung einheimischer Hilfskräfte (zumindest jener, die aufgrund ihrer  
29 öffentlichen Exposition mit hoher Sicherheit einen Aufenthaltstitel anstreben), die  
30 zumeist als landeskundige FührerInnen und DolmetscherInnen arbeiten, ergibt sich eine  
31 Zusammensetzung dieser Gruppe, die für eine Integration in die deutsche Gesellschaft  
32 sehr günstig ist. Nicht nur sind bereits deutsche oder zumindest englische  
33 Sprachkenntnisse vorhanden, generell kann mit einem gegenüber der afghanischen  
34 Allgemeinbevölkerung stark erhöhten Bildungsgrad gerechnet werden.
- 35 • Es geht insgesamt um recht wenige Personengruppen: 1600 Menschen arbeiten laut  
36 deutschem Innenministerium für die vier anwesenden Bundesministerien, nochmal ca.  
37 400 für in Deutschland basierte NGOs und Stiftungen.
- 38 • Gerade die gesellschaftlich engagierten und durch ihre Arbeit befähigten bisherigen  
39 MitarbeiterInnen wären nach ihrer Umsiedlung eine enorme Hilfe bei der Bewältigung

1 des stetigen (und zukünftig etwa steigenden?) Stromes afghanisch stämmiger  
2 Asylsuchender. Gleichzeitig hätten sie selbst durch die große afghanische  
3 Gemeinschaft in Deutschland wichtige Anknüpfungspunkte.

## 4 D 5: Schluss mit dem Kriegsgeschäft: Rüstungsexporte 5 einschränken - Exitstrategie entwerfen!

6 an Juso-Bundeskongress mit Ziel Bundesparteitag, Johannes Kahrs

7  
8 Hintergrund

9  
10 Immer wieder werden deutsche Rüstungsgeschäfte kritisch in den Medien diskutiert. Prominente  
11 Exporte wie die Lieferung von Leopard II-Panzern nach Saudi-Arabien lösen dabei öffentliche  
12 Entrüstung aus. Auf der gesetzlichen Ebene passiert jedoch nichts, um Rüstungsexporte  
13 wirksam einzugrenzen.

14 Problematisch sind dabei insbesondere Lieferungen in Länder, in denen Menschenrechte  
15 verletzt werden oder verletzt werden könnten. Die Genehmigung von Rüstungsexporten  
16 orientiert sich derzeit an den „Politischen Grundsätze der Bundesregierung“. Nach diesen  
17 Leitlinien ist die Lieferung in sogenannte „Spannungsgebiete“ verboten. Die dort festgehaltenen  
18 Grundsätze werden jedoch von den politisch Verantwortlichen extrem weit ausgelegt. Die  
19 Entscheidungen über Rüstungsexporte werden in einem geheimen Gremium - dem  
20 Bundessicherheitsrat - ohne Mitwirkungsrechte des Parlaments getroffen. Der  
21 Rüstungsexportbericht der Bundesregierung erscheint zwar jährlich, liefert jedoch keine  
22 Informationen über die Auswirkungen der deutschen Waffenexporte in die über 100  
23 Exportländer und wird dem Parlament ohnehin nur zur Kenntnis gereicht.

24 Deutschland ist als drittgrößter Waffenexporteur der Welt maßgeblich dafür verantwortlich,  
25 dass Waffen und Waffenlizenzen in den weltweiten Umlauf gelangen. Dabei ist besonders die  
26 Verbreitung von Kleinwaffen gefährlicher, als es möglicherweise auf den ersten Blick den  
27 Anschein hat. Diese Waffen verbreiten sich rascher als andere Waffen und finden vor allem in  
28 Bürgerkriegen Anwendung. Auch der Verkauf von Waffenlizenzen ist gefährlicher, als man  
29 gemeinhin annimmt. Nach dem Verkauf unterliegt es nämlich nicht mehr der Kontrolle des  
30 Exportstaates, wie viele Waffen nachgebaut werden und in welche Länder sie verkauft  
31 werden.

32 Es ist unerlässlich, dass Deutschland Waffenexporte restriktiver handhabt. Deutschlands  
33 wirtschaftlicher Profit darf nicht auf dem Rücken der Menschenrechte erwirtschaftet werden.  
34 Ziel muss es stattdessen sein, auf eine weltweite koordinierte Abrüstungspolitik hinzuwirken  
35 und dabei auf nationaler Ebene mit gutem Beispiel voran zu gehen.

36  
37 Rüstungsexporte einschränken - demokratische Kontrolle stärken!

38  
39 Kurzfristig ist daher eine stärkere Kontrolle und Restriktion von Rüstungsexporten notwendig.  
40 Konkret bedeutet dies für uns:

1 1. Um eine verbindliche gesetzliche Grundlage für den Export von Rüstungsgütern zu schaffen,  
2 fordern wir ein eigenständiges Waffenkontrollgesetz.

3 Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und  
4 sonstigen Rüstungsgütern“ sind hierfür in ein eigenständiges Gesetz umzuwandeln. Alle bisher  
5 geltenden gesetzlichen Regelungen (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen,  
6 Außenwirtschaftsverordnung etc.) sind in das Waffenkontrollgesetz zu integrieren.

7 2. Dieses Waffenkontrollgesetz hat dabei folgende Regelungen zu enthalten:

8 a. Die Lieferung von Rüstungsgütern und -lizenzen in alle Länder ist an die Zustimmung des  
9 Deutschen Bundestages gebunden.

10 b. Exporte von Rüstungsgütern und -lizenzen in Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen  
11 bekannt sind, sind untersagt. Exporte in Länder, in denen bewaffnete Auseinandersetzungen  
12 drohen oder in denen der Rüstungsexport dazu beitragen kann, bestehende Konflikte zu  
13 verschärfen, sind untersagt. Die Prüfung erfolgt im Einzelfall. Die letztendliche Entscheidung  
14 trifft der Deutsche Bundestag.

15

16 3. Deutschland wirkt auf EU-Ebene auf eine Regelung zur restriktiveren Waffenexportkontrolle  
17 hin. Auf UN-Ebene wirkt Deutschland auf einen Waffenkontrollvertrag hin, der alle Länder zur  
18 restriktiven Waffenexportkontrolle verpflichtet. Auch vor dem Zustandekommen eines solchen  
19 Vertrages unterwirft sich Deutschland unilateral stärkeren Restriktionen für die eigenen  
20 Rüstungsexporte.

21

22 4. Um die bisher oft bestehende langfristige Bindung an einmal beschlossene Waffen- und  
23 Rüstungsexporte zu vermeiden, müssen auch die Verträge über den Munitions- und  
24 Ersatzteilhandel entsprechend restriktiv ausgeführt werden. Noch bestehende Verträge dürfen  
25 ohne Zustimmung des Bundestages nicht verlängert werden.

26

27 Die Logik der Rüstungsspirale durchbrechen - Ausstiegsszenario entwerfen!

28

29 Mittel- bis langfristig muss jedoch aus unserer Sicht die Frage gestellt werden, inwiefern das  
30 Festhalten an einer großen Rüstungsindustrie und die daraus resultierende Notwendigkeit eines  
31 stetigen Exports deutscher Rüstungsgüter in alle Welt unserer Vorstellung eines friedlichen  
32 Deutschlands in der Mitte Europas entspricht. Durch den Wegfall des Ost-West Konflikts und  
33 die Erweiterung der EU ist der Bedarf Deutschlands an Rüstungsgütern für eigene  
34 Verteidigungsaufgaben in den letzten 20 Jahren rapide gesunken. Als alternative  
35 Absatzmärkte hat sich die deutsche Rüstungsindustrie daher dem Export sowie der Herstellung  
36 hochtechnisierter Waffensysteme für die "moderne Interventionsarmee" zugewendet. Beide  
37 Optionen stehen in diametralem Gegensatz zu unserer Vorstellung eines deutschen Beitrags  
38 zum friedlichen Zusammenleben der Völker und einer nachhaltigen Entwicklung.

39 Daher fordern wir im Zusammenhang mit der strengen Reglementierung von Rüstungsexporten  
40 und -lizenzen:

41

42 1. Die Entwicklung einer Ausstiegsstrategie aus der Rüstungsproduktion vor dem Hintergrund  
43 eines Nullszenarios ohne jegliche Form des Rüstungsexports. Alternative

1 Beschäftigungsmöglichkeiten für die heute im Bereich der Rüstungsindustrie angesiedelten  
2 Betriebe müssen erörtert werden.

3

4 2. Sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten der Rüstungsindustrie. In dieser Branche  
5 arbeiten heute überdurchschnittlich viele gut ausgebildete FacharbeiterInnen und  
6 IngenieurInnen, sodass durch entsprechende Umschulungs- und Vermittlungsangebote ein  
7 Abbau des größten Teils der deutschen Rüstungsindustrie vertretbar scheint.

8

9 3. Für besonders von der Rüstungsindustrie geprägte Regionen wie etwa Bremen/  
10 Bremerhaven müssen durch entsprechende Investitionsprogramme alternative Industriezweige  
11 und Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden.

12

13 Für den verbleibenden Eigenbedarf an Rüstungsgütern, welcher sich aus unserer Sicht in erster  
14 Linie auf den polizeilichen Bedarf sowie den Bedarf einer wieder als Verteidigungsarmee  
15 begriffenen Bundeswehr beschränkt, fordern wir die Verstaatlichung der hierfür benötigten  
16 Restkapazitäten im Rüstungsbereich. Auf diese Weise kann dem Gewinnstreben und damit  
17 auch der Suche nach neuen Absatzmärkten innerhalb der deutschen Rüstungsindustrie am  
18 effektivsten entgegengewirkt werden.

19

20 Europäische Lösungen sind notwendig

21

22 Da eine Transformation des momentanen militärisch-industriellen Konzepts in der  
23 Bundesrepublik Deutschland nur beschränkte Auswirkungen hat, stehen wir zudem vor der  
24 Aufgabe, eine Reform der verteidigungspolitischen Ausrichtung in Europa zu erarbeiten. Wir  
25 Jusos sehen es daher als zwingend an, dass mit der schrittweisen Umwandlung der  
26 nationalstaatlichen Streitkräfte in eine europäische Friedenstruppe im Rahmen einer  
27 europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik parallel eine Umstrukturierung der  
28 Rüstungsindustrie wie auch der -exportpraxis durchgeführt wird.

29 Für eine Friedensmacht, die Europa sein möchte, sind Rüstungsexporte auf Dauer moralisch  
30 nicht vertretbar. Es ist daher jeglicher Export von Rüstungsgütern in Staaten außerhalb der EU  
31 zu unterbinden.

32

33 Anerkennend, dass Truppen, die zum Beispiel bei friedenssichernden polizeilichen Einsätzen  
34 unter UNO-Mandat ein gewisses Maß an Bewaffnung benötigen, steht für uns außer Frage,  
35 dass diese bestmöglich und standardisiert auszustatten sind. Im Einklang mit den  
36 sozialdemokratischen Wertvorstellungen ist eine Alternative zur aktuellen Realität zu suchen.

37

38 Wir Jusos stehen dafür ein, dass eine zukünftige Rüstungsproduktion auf den Eigenbedarf der  
39 EU-Mitglieder beschränkt wird. Um eine Qualitäts- und Standardisierungssicherung zu  
40 gewährleisten und privatwirtschaftliches Gewinnstreben wie bereits erläutert zu unterbinden, ist  
41 aus den verschiedenen in Europa existierenden Rüstungsbetrieben langfristig ein, unter Aufsicht  
42 und im gemeinsamen Besitz der europäischen Staaten befindlicher Rüstungskonzern  
43 aufzubauen, der eine Versorgung des verbleibenden Eigenbedarfs organisiert.

1 Als Jusos sind wir der Meinung, dass die großen technologischen Kapazitäten der deutschen  
2 Rüstungsindustrie produktiver und sinnvoller in zivilen Wirtschaftszweigen Verwendung finden.  
3 Nur durch das Durchbrechen der Logik einer erhaltenswerten Rüstungsindustrie, welche  
4 entsprechende Absatzmärkte fordert, ist aus unserer Sicht die dauerhafte Reduktion und  
5 Restriktion von Rüstungsexporten möglich!

## 6 D 6: Konfliktprävention und Konfliktlösung - Responsibility to 7 Protect (R2P) als vielversprechendes Konzept?

8  
9 an Juso-Bundeskongress

### 10 11 1. Hintergrund

12  
13 Die "Responsibility to Protect" (R2P) ist ein viel diskutiertes Thema. Spätestens seit der UN-  
14 Resolution 1973 zu Libyen, in welcher erstmals der UN-Sicherheitsrat mittels R2P den  
15 militärischen Einsatz gegen das libysche Regime autorisierte, steht dieses auch als  
16 internationale Schutzverantwortung bezeichnete Konzept vermehrt in der Diskussion.

17 Die Resolution 1973 wurde von dem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon als "historic decision"  
18 bezeichnet. Ebenfalls sprach die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für Libyen in  
19 ähnlicher Weise von der Resolution und sprach ihr eine historische Dimension zu. Libyen kann  
20 (neben der Elfenbeinküste) als ein neuer gefährlicher Präzedenzfall für die Anwendung von  
21 militärischer Gewalt über die Legitimationsfigur der R2P gesehen werden.

22 Die Wurzel der Legitimationsfigur R2P liegt einer Debatte in der Zeit nach dem Ende des Ost-  
23 West-Konflikts. Das Ende des Ost-West-Konflikts ermöglichte, dem Friedensrecht der UN-Charta  
24 erstmals wirkliche Geltung zu verschaffen und darüber hinaus eine stärker auf den Einzelnen  
25 gerichtete Schutzordnung einzurichten.

26 Dazu wurde vor allem die "humanitäre Intervention", ein Vorläufer des R2P-Konzept, als eine  
27 Rechtfertigung für eine Intervention in einen souveränen Staat herangezogen. Unter der  
28 "humanitären Intervention" werden klassischerweise Schutzaktionen zugunsten des Lebens und  
29 der Gesundheit der BürgerInnen eines Staates verstanden, der nicht in der Lage ist, seine  
30 BürgerInnen selber zu schützen bzw. selbst massive Menschenrechtsverletzungen begeht. So  
31 wurde zum Schutze der Kurden im Irak die Errichtung einer Flugverbotszone als eine  
32 "humanitäre Intervention" angesehen und auch über eine UN-Resolution legitimiert. Doch  
33 wurde die "humanitäre Intervention" ebenfalls für die Bombardierung Iraks 1992 und 1998  
34 als Legitimation herangezogen, obgleich die dazugehörige UN-Resolution solche militärische  
35 Gewalt nicht vorsah. Besonders deutlich wurde die Instrumentalisierung der Figur der  
36 "humanitären Intervention" beim völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg 1999. Hier wurde das  
37 militärische Eingreifen der NATO ohne UN-Mandat mit der drohenden humanitären  
38 Katastrophe begründet und man deklarierte die militärische Gewalt als "humanitäre  
39 Intervention".

1 Die "humanitäre Intervention" war somit auch ein Mittel um einen möglichen  
2 völkerrechtswidrigen Bruch der Souveränität des Staats und die Anwendung von militärischer  
3 Gewalt zu rechtfertigen, sowie das Gewaltverbot der UN-Charta zu unterhöhlen.  
4 Aufgrund dieser Unzulänglichkeit und des Problems, wann zum Schutze der Menschen von  
5 außen in einen Staat eingegriffen werden sollte, berief der UN-Generalsekretär Kofi Annan  
6 eine Kommission ein. Diese Kommission erstellte eine Studie, die das Konzept des R2P enthielt  
7 und das Konzept der "humanitären Intervention" ablöst. Dabei sprach sich die Kommission mit  
8 ihren R2P-Konzept für Interventionsmöglichkeiten in extremen und außergewöhnlichen Fällen  
9 aus. Dabei soll eine Intervention dann stattfinden, wenn ein Staat zum Beispiel infolge eines  
10 Bürgerkrieges, Aufstandes, interner Unterdrückung oder schwerer Verletzung der  
11 Menschenrechte die eigene Bevölkerung nicht mehr vor großem Leid bewahren könne oder  
12 dieses auch nicht wolle. Hier erwächst nun eine Verantwortung der internationalen  
13 Staatengemeinschaft. Das Prinzip der staatlichen Souveränität muss in diesen Fällen dem  
14 neuen Prinzip der Verantwortung weichen.  
15 Dabei baut R2P auf drei grundlegenden Pfeilern auf: Prävention, Reaktion und Wiederaufbau.  
16 Das heißt, dass die internationale Gemeinschaft in diesen drei Punkten Verantwortung  
17 übernehmen soll. Neben zivilen Maßnahmen werden jedoch bei R2P auch militärische  
18 Interventionen als letztes Mittel vorgesehen, und zwar konkret in vier Fällen:

- 19  
20 - Völkermord  
21 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit  
22 - Kriegsverbrechen  
23 - Ethnische Säuberung

24  
25 Unklar bleibt im bisherigen Konzept, welche Institutionen über das Vorliegen eines oder  
26 mehrerer dieser Fälle zu entscheiden haben. Jedoch ist klar, dass aus dem R2P in der  
27 Grundkonzeption der Kommission im Gegensatz etwa zu der Meinung der USA kein Recht  
28 oder Pflicht zu Intervention eines einzelnen Staates in einem Staat erwächst.

29  
30 2. Vorrang für zivile Maßnahmen sichern

31  
32 R2P wird in der aktuellen politischen Debatte fast ausschließlich als  
33 Begründungszusammenhang für Militäreinsätze als letztes Mittel zur Erfüllung der  
34 Schutzverpflichtung gesehen. Aus Sicht der Jusos greift dieser Ansatz viel zu kurz. Im Gegenteil  
35 wird gerade durch die Fokussierung auf militärische Einsätze die ungleich wichtigere  
36 Forderung nach Prävention von Konflikten in den Hintergrund gedrängt.

37  
38 Dabei können gerade durch den verstärkten Einsatz ziviler Friedensbildungsmaßnahmen  
39 Konflikte frühzeitig erkannt und bereits vor einer gewalttätigen Eskalation moderiert werden.  
40 Hierzu ist dringend eine Stärkung von zivilen Kapazitäten wie etwa des Zivilen  
41 Friedensdienstes (ZFD) und des Zentrums für Internationale Konfliktforschung (ZIF) notwendig.  
42 Ziel muss hierbei das langfristige und nachhaltige Engagement vor Ort sein, denn nur durch  
43 eine genaue Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten und der beteiligten Konfliktparteien ist eine

1 sinnvolle Konfliktprävention möglich. Darüber hinaus können so auch eine ständige  
2 Rückmeldung und eine umfassende Information über die jeweilige Lage im Konfliktgebiet  
3 stattfinden.

4  
5 Als kritisch sehen wir dabei die bisherige Finanzierungspraxis ziviler Friedensmaßnahmen an,  
6 welche größtenteils über projektgebundene Mittel erfolgt. Die dadurch entstehende  
7 Fokussierung der zivilen Friedensarbeit auf kurz- bis mittelfristige, förderfähige Projekte  
8 widerspricht dem Ziel eines langfristigen Engagements vor Ort. Wir fordern daher die  
9 verstärkte dauerhafte Förderung ziviler Friedensdienste. Zudem müssen auch die Mittel der  
10 "klassischen Diplomatie", sprich der Botschaften und des Auswärtigen Amtes, deutlich  
11 ausgebaut werden, um eine umfangreiche und frühzeitige Information über etwaige Konflikte  
12 sicher zu stellen.

13  
14 Zur Bündelung der Kompetenz muss zudem eine verstärkte Integration ziviler Maßnahmen  
15 innerhalb der EU, sowie mit PartnerInnen des globalen Südens angestrebt werden.  
16 Erfahrungsgemäß können besonders "kleinere", neutrale Staaten sehr effektiv und glaubwürdig  
17 als "ehrliche VermittlerInnen" in Konfliktsituationen auftreten.

18  
19 Auch wir fühlen uns als internationalistischer Richtungsverband der zivilen Konfliktprävention  
20 verpflichtet und sind bereits durch das Willy-Brandt-Center in Jerusalem und verschiedene  
21 andere trilaterale Projekte in dieser Aufgabe involviert. Als Partnerorganisation innerhalb der  
22 IUSY erkennen wir besonders in der Kooperation mit unseren Schwesterorganisationen aus  
23 aller Welt ein großes Potential zur nachhaltigen Förderung internationaler Partnerschaften über  
24 alte und neue Konfliktgrenzen hinweg.

25  
26 3. R2P darf kein Freibrief für Invasionen werden - Klare Bedingungen festlegen

27  
28 Besonders da innerhalb des R2P-Konzepts der Einsatz militärischer Mittel gegen souveräne  
29 Staaten als ultima ratio legitimiert werden soll, bedarf die Festlegung der entsprechenden  
30 Kriterien einer kritischen Überprüfung. Insbesondere die Einsatzgründe Kriegsverbrechen und  
31 ethnische Säuberung erscheinen aus Sicht der Jusos sehr schwer zu definieren. Entsprechend  
32 sehen wir die ernsthafte Gefahr, dass eine willkürliche Entscheidung über das Vorliegen dieser  
33 Kriterien zu einem Freibrief für militärische Interventionen aus anderen Motiven missbraucht  
34 werden könnte, etwa zur Sicherung von Ressourcen und Handelswegen.

35  
36 Während bei den Tatbeständen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Völkermord  
37 klarere Abgrenzungen möglich erscheinen, bleibt doch die Frage nach der Definitionsmacht  
38 für solche Fälle bestehen. Die Jusos schlagen daher eine spezielle, unabhängige Kommission  
39 unter dem Dach der Vereinten Nationen vor, welche Informationen zu Konflikten sammelt und  
40 entsprechende Berichte über das Vorliegen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und  
41 Völkermorden veröffentlicht. Wir fordern die SPD auf, sich in den entsprechenden Gremien für  
42 die Schaffung einer solchen Kommission einzusetzen.

43

1 Zusätzlich halten wir es für unabdingbar, dass auch vor dem Hintergrund der oft schwierigen  
2 und niemals neutralen Informationslage in bewaffneten Konflikten sowohl die Kapazitäten der  
3 klassischen Diplomatie, als auch des zivilen Friedensdienstes gestärkt werden. Nur durch die  
4 langfristige Einbindung vor Ort und die nachhaltige Pflege von Kontakten zu allen  
5 Konfliktparteien schon vor dem Ausbruch gewaltsamer Auseinandersetzungen ist im Notfall  
6 eine umfassende Informationsbasis für etwaige Entscheidungen zu gewährleisten.

7  
8 Auch bei der gewaltsamen Eskalation eines Konfliktes müssen im Sinne der R2P der Schutz der  
9 Zivilbevölkerung und die Deeskalation des Konflikts oberstes Ziel einer jeden Intervention sein.  
10 Zivile Peacekeeping Maßnahmen und polizeiliche Interventionen zum Schutz der Bevölkerung  
11 sind dabei militärischen Einsätzen vorzuziehen. Aus Sicht der Jusos kann durch militärisches  
12 Eingreifen kein Konflikt beigelegt werden. Es ist lediglich möglich, einer Seite durch verstärkte  
13 militärische Unterstützung zum Sieg zu verhelfen. Dies widerspricht den Prinzipien der R2P. Im  
14 Sinne der Schutzverantwortung verbietet sich eine militärische Eskalation des Konfliktes durch  
15 externe Kräfte, da hierbei nur noch mehr Menschen in den gewaltsamen Konflikt gezogen  
16 werden.

17  
18 4. Klare Entscheidungskompetenzen sind notwendig – nationale Alleingänge verhindern!

19  
20 Jedwedes Eingreifen in bewaffnete Konflikte in souveränen Staaten bedarf aus Sicht der Jusos  
21 eines Mandats der UN. Keinesfalls dürfen nationale Alleingänge oder "Koalitionen der  
22 Willigen" sich unter dem Label der R2P ein moralisches Recht zur Intervention konstruieren.  
23 Ebenso müssen entsprechend bewaffnete und zivile Missionen unter dem Oberbefehl der  
24 Vereinten Nationen stattfinden. Nur so ist eine glaubwürdige, von der internationalen  
25 Gemeinschaft getragene Intervention zu legitimieren, welche im Sinne der internationalen  
26 Schutzverantwortung ausschließlich den Schutz der allgemein gültigen Menschenrechte der  
27 betroffenen Bevölkerung zum Ziel hat.

28  
29 Dies gilt aus unserer Sicht auch explizit für den Fall einer Blockade im UN Sicherheitsrat: R2P  
30 muss hier streng als eine Erweiterung des Völkerrechts und eine Stärkung der Vereinten  
31 Nationen interpretiert werden, und darf eben nicht dazu genutzt werden, dass durchaus  
32 bewährte Konzept der gegenseitigen Sicherheit mit dem Hinweis auf überlegene moralische  
33 Rechte der einen oder anderen Nation auszuhebeln. Gerade der klar geäußerte Verzicht auf  
34 militärische Mittel im Falle eines fehlenden UN Mandats stärkt aus unserer Sicht den Aufbau  
35 ziviler Konfliktpräventions- und Lösungskapazitäten. Erst wenn der einseitige Militärschlag als  
36 ultima ratio und damit als letzte "Keule" der sogenannten zivilisierten Staaten ausgeschlossen  
37 wird, wird die eigentlich viel wichtigere Verantwortung dieser Staaten für die zivile  
38 Friedenssicherung nachhaltig vorangetrieben werden.

39  
40 Anstelle der Beteiligung nationaler Streitkräfte an UN Blauhelmissionen sollte zudem die  
41 Möglichkeit in Betracht gezogen werden, eine solche Eingreiftruppe direkt unter UN  
42 Verantwortung aufzustellen. Hierbei wäre besonders auf die Ausbildung in polizeilichen  
43 Taktiken zu achten, sprich solcher, die den Schutz von Menschenleben als oberstes Ziel haben

1 - anstelle der derzeitigen überwiegend militärischen Eingreiftruppen, welche zwar die  
2 Ausschaltung des Gegners, aber eben nicht den Schutz der Zivilbevölkerung zum Ziel haben.

3

4 5. Verantwortung heißt auch Wiederaufbau

5

6 Neben Prävention und Konfliktmoderation sieht das R2P Konzept ausdrücklich die  
7 Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau und die langfristige  
8 Friedensförderung vor. Die Jusos unterstützen diesen Anspruch der internationalen  
9 Schutzverantwortung: Nur durch das langfristige, zivile Engagement für wirtschaftlichen  
10 Wiederaufbau und die Schaffung stabiler öffentlicher Institutionen kann ein nachhaltiger  
11 Beitrag der internationalen Gemeinschaft zur Lösung gewalttätiger Konflikte gewährleistet  
12 werden. Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass mit kurzfristigen militärischen Interventionen  
13 bestenfalls kurzfristige Waffenstillstände zu erreichen sind, niemals aber eine dauerhafte  
14 Friedenslösung. Nur wenn - unterstützt durch die internationale Gemeinschaft - gerechte und  
15 gleichwertige Lebensbedingungen und stabile, staatliche und zivile Institutionen in Konflikt- und  
16 Krisenregionen geschaffen werden, kann ein Übergang von ruhenden Konflikten hin zu einem  
17 friedlichen Zusammenleben aller beteiligten Konfliktparteien gelingen.

18 6. Friedenspolitik statt Invasionsmacht

19

20 Aus Sicht der Jusos kann das Konzept der Schutzverantwortung der internationalen  
21 Gemeinschaft eine sinnvolle Grundlage bieten, um das friedlich Zusammenleben der Völker  
22 über die reine Abwesenheit von Krieg zwischen Nationalstaaten hinaus zu gewährleisten. Wir  
23 bekennen uns daher ausdrücklich zur internationalen Verantwortung für die Geltung der  
24 Menschenrechte und die Verhinderung von Völkermorden und Verbrechen gegen die  
25 Menschlichkeit.

26

27 Allerdings greift aus unserer Sicht die reine Fokussierung der R2P auf das militärische  
28 Eingreifen im Notfall zu kurz: Nur durch das langfristige, zivile Engagement in  
29 Konfliktregionen und die Schaffung entsprechender Kapazitäten zur Konfliktmoderation und  
30 Deeskalation kann die Menschenwürde jedes einzelnen Menschen nachhaltig gewährleistet  
31 werden. Das Bereithalten militärischer Mittel als ultima ratio konterkariert daher den Anspruch,  
32 Konflikte bereits vor ihrer gewaltsamen Eskalation zu lösen und so dem Präventionsanspruch  
33 des R2P-Konzepts gerecht zu werden.

34

35 Anstatt einer Diskussion über schnelle und effiziente Interventionsarmeen fordern wir daher  
36 konkret von der deutschen Politik und der SPD einen verstärkten Einsatz für zivile und  
37 diplomatische Mittel sowie den Ausbau bereits vorhandener Kapazitäten in der zivilen  
38 Konfliktbearbeitung. Nur auf diese Weise kann aus Sicht der Jusos die Bundesrepublik,  
39 eingebunden in die internationale Gemeinschaft, ihrer internationalen Verantwortung für die  
40 Einhaltung der Menschenrechte gerecht werden.

# 1 F Sozialpolitik

## F 3: Schluss mit Generationengerechtigkeit!! Wir wollen Gerechtigkeit für alle!!

an: Landesparteitag, Juso-Bundeskongress für Bundesparteitag

2 Bei Diskussionen über demografischen Wandel, aber auch über Rente ist häufig von  
3 „Generationengerechtigkeit“ die Rede. Die These, die hier vermittelt wird, ist, dass es immer  
4 mehr ältere Menschen geben wird, während gleichzeitig immer weniger Kinder geboren  
5 werden. Das führt zu einem Konflikt. Die wenigen Jungen Menschen könnten nichtmehr die  
6 vielen Alten finanzieren. Häufig wird hierbei ein sehr stigmatisiertes Bild von Jung und Alt  
7 gezeichnet. „Die Alten“, die den Jungen zur Last fallen und „ Die Jungen“ die diese Belastung  
8 nicht mehr tragen können. Als Lösungsansätze werden insbesondere länger arbeiten und mehr  
9 private Vorsorge vorgeschlagen.

10 Das ist allerdings der falsche Ansatz. Verteilungsgerechtigkeit ist keine Generationenfrage! Die  
11 Schieflage in unserem System besteht nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Arm und  
12 Reich. Diese falsche Annahme führt zu Privatisierung, Sozialabbau und dazu, dass  
13 Generationen gegeneinander ausgespielt werden.

14 Schon jetzt müssen die Menschen immer länger beruflich arbeiten und aktiv bleiben um nicht  
15 in Armut abzurutschen. Es ist, gerade im Alter, ein starkes Gefälle zwischen Arm und Reich  
16 erkennbar. Geld, Bildung und soziale Durchsetzungsfähigkeit verbessern nachweisbar die  
17 Chancen für gesundes und langes Leben. Obwohl das Problem bekannt ist, hat man es noch  
18 nicht geschafft diese Entwicklung aufzuhalten.

19 Politik muss einen neuen Diskurs darüber anregen wie ein sozial gerechtes Altern und ein  
20 Zusammenleben der Generationen aussehen können. Sie darf die Fäden der Seniorenpolitik  
21 nicht aus der Hand geben und diese nicht zum Spielball marktwirtschaftlicher Interessen  
22 verkommen lassen. Nur so schafft man es, die immer noch vorherrschende  
23 Versorgungsungerechtigkeit zu beseitigen.

24 Deshalb fordern wir:

- 25 • Ausbau offener Angebote für Senioren

26 Angebote der offenen Altenarbeit müssen weiter gefördert werden. Es gibt Modellprojekte von  
27 Bund und Ländern, die verschiedene, offene Beratungen und Bildungsangebote bereitstellen.  
28 Doch häufig haben sie keinen Bestand, weil sie nach der Modellphase nicht mehr weiter  
29 finanziert werden.

30 Beispielhaft kann man hier die Alten- Service-Zentren in München nennen, die flächendeckend  
31 in München existieren.

32 Die Alten-Service-Zentren bieten offene Beratungs- und Bildungsangebote für Senioren und  
33 Seniorinnen und deren Umfeld, unabhängig von sozialem, ökonomischem und rechtlichem

1 Status, Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religion, Bildung, Behinderung oder sexueller  
2 Orientierung.

3 Dieses Angebot könnte Vorbildcharakter für andere Großstädte haben. Zudem müssen  
4 dringend Konzepte entwickelt werden, wie auch ältere Menschen im ländlichen Raum erreicht  
5 werden können.

6 Offene Altenarbeit muss endlich als Möglichkeit gesehen werden um präventiv Problemlagen  
7 im Alter entgegenzuwirken. Es darf nicht mehr nur der Grundsatz ambulant vor stationär gelten  
8 sondern offen vor ambulant und ambulant vor stationär.

9 Bildung muss zudem in jedem Alter als Grundrecht gelten. Bildung hat einen Eigenwert und  
10 ermöglicht soziale und gesellschaftliche Teilhabe. Dies muss Menschen jeglichen Alters und  
11 jeglicher sozialer Situation ermöglicht werden. Bildungsangebote müssen daher für Menschen  
12 in allen Lebenssituationen vorhanden sein. Studiengebühren für SeniorInnenstudentInnen  
13 lehnen wir ab.

#### 14 1. Begegnung zwischen den Generationen fördern

15 Es gibt immer weniger Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Generationen. Außer mit Oma  
16 und Opa, oder Enkel und Enkelin, haben die meisten nur Kontakt innerhalb ihrer eigenen  
17 Altersgruppe. Das fördert Vorurteile, sorgt dafür dass alle in ihrer eigenen Welt leben und es  
18 keinen Austausch zwischen den Generationen gibt.

19 Viele Vereine und Institutionen, wie auch die SPD, klagen über fehlenden Nachwuchs. Ein  
20 Grund ist auch, dass wenig auf die Belange Jüngerer Rücksicht genommen wird und es auch  
21 hier, obwohl es vielfache Möglichkeiten gäbe, wenig Austausch zwischen den Generationen  
22 gibt. Das muss sich ändern.

23 Wir fordern mehr staatliche Unterstützung für Intergenerationelle Projekte, wie  
24 Mehrgenerationenhäuser und Intergenerationelles Wohnen. Wir müssen aufhören  
25 übereinander zu reden und anfangen miteinander zu reden.

#### 26 1.) Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland

27 Die Zahl pflegebedürftiger Menschen steigt an. Deswegen muss die Infrastruktur in der Pflege  
28 massiv ausgebaut werden. Die totale Institutionalisierung in der Pflege, in der das Individuum  
29 vergessen und nur darauf geachtet wird möglichst schnell möglichst viel Pflegeleistungen zu  
30 erbringen, muss aufhören. Wir brauchen Pflege die Selbstständigkeit und Fähigkeiten der  
31 Pflegebedürftigen erhält und fördert, Angehörige einbindet und allen Menschen zur Verfügung  
32 steht. Das gilt sowohl für stationäre als auch für ambulante Pflege. Auch neue Formen des  
33 betreuten Wohnens müssen von staatlicher Seite deutlich mehr gefördert werden (SeniorInnen  
34 WGs, Betreutes Wohnen zu Hause).

35 Es müssen mehr Arbeitsplätze für Pflegepersonal geschaffen werden die auch angemessene  
36 Arbeitsbedingungen und Entlohnung beinhalten, für diese körperlich schwere und wichtige  
37 Arbeit.

1 Pflege ist ein Thema das Generationsübergreifend diskutiert werden muss. Mit einer steigenden  
2 Lebenserwartung, ist die Möglichkeit pflegebedürftig zu werden nicht unwahrscheinlich.  
3 Deswegen sollten sich Menschen aller Altersstufen mit dem Thema auseinandersetzen.

4 Pflege ist zudem ein Thema, das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft. Es muss  
5 Angehörigen, die Pflegebedürftige zu Hause betreuen, ermöglicht werden, dies mit ihrem Beruf  
6 zu vereinbaren.

7 • Rente: Keine Frage der Generationengerechtigkeit

8 Wir müssen Altersarmut bekämpfen, dafür ist eine Rente von der die Menschen im Alter leben  
9 können, unabdingbar. Deshalb fordern wir den Erhalt des Rentenniveaus von 51% und die  
10 Abkehr von der Rente mit 67. Eine Absenkung des Niveaus, über eine Erhöhung des  
11 Renteneintrittsalters, über Beitragssenkungen oder eine direkte Absenkung der auszahlenden  
12 Rentenleistungen, wird auch die junge Generation schwer bereuen, weil wir selbst es sind, die  
13 später nicht von unserer Rente leben können.

14 Gerade bei der Rentendebatte wird ein Generationenkonflikt konstruiert. Es ist aber ein Konflikt  
15 über die Generationen hinweg. Denn entscheidend ist nicht nur wie viele Menschen einzahlen,  
16 sondern wie viel einbezahlt wird. Hier müssen Menschen mit hohem Einkommen stärker in die  
17 Pflicht genommen werden.

18 • Prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne sind Garanten für Altersarmut. Deshalb  
19 Schluss damit!

20 Altersarmut ist außerdem zuallererst eine Folge von Erwerbsarmut. Wer von seinem Lohn nicht  
21 leben kann, kann auch von der späteren Rente nicht leben. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen  
22 sind daher auch eine wichtige Stellschraube im Kampf gegen Altersarmut.

23 Schon heute leben viele Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Für sie ist es  
24 unmöglich privat fürs Alter vorzusorgen. Auch das, kein Problem zwischen Generationen,  
25 sondern eines das alle Generationen betrifft.

26 Wir müssen weg von prekären Beschäftigungsverhältnissen und uns für gute Arbeitsplätze mit  
27 guten Einkommen und Arbeitsbedingungen einsetzen. Deshalb fordern wir auch einen  
28 flächendeckenden Mindestlohn. Außerdem helfen gute Einkommen auch die Rentenkasse zu  
29 stabilisieren. Nur wer von seiner Arbeit leben kann, kann später auch von seiner Rente leben.

30

## G Sonstiges

### 1 Initiativantrag: Telekommunikationsinfrastruktur

2 Adressat\_innen: SPD-Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion, SPE-Fraktion, SPD-Landesparteitag,  
3 Juso-Bundeskongress für SPD-Bundesparteitag

4 Die Sicherstellung der Versorgung des ländlichen Raums mit moderner, stabiler und  
5 leistungsfähiger Telekommunikationsinfrastruktur wurde seit der Privatisierung des Telefonnetzes  
6 und anderer vergleichbarer Netze (Fernmeldenetze) zugunsten des Profits des Netzbetreibers  
7 und der Versorgung des gewinnbringenderen städtischen Raums vernachlässigt.

8 Um den Verpflichtungen des Staates gemäß Artikel 87f des Grundgesetzes gerecht zu werden  
9 und ländliche Orte für alle Bevölkerungsschichten, insbesondere auch die jüngeren Menschen,  
10 attraktiv zu halten, ist eine lückenlose Versorgung aller Haushalte und gewerblicher Betriebe  
11 mit Breitbandtelekommunikation (1) unerlässlich. Daraus resultieren die Notwendigkeit der  
12 Rückführung der Fernmeldenetze in staatliches Eigentum und ein flächendeckender Ausbau  
13 selbiger in öffentlicher Trägerschaft.

14 Um eine ausreichende Telekommunikationssicherheit im Katastrophenfall zu erhalten, ist eine  
15 Aufrechterhaltung des Amtsnetzes (2) in für den Katastrophenschutz notwendigem Umfang  
16 erforderlich. Dies kann aber nur bei einem Netz in staatlichem Eigentum gewährleistet werden,  
17 da der Erhalt eines solches Netzes für eine private Firma zu einer ungewollten  
18 Gewinnminimierung führen würde.

19 (1) Breitband ist ein dynamischer Begriff, zur Zeit ist damit eine Geschwindigkeit von  
20 mindestens 6 Megabit pro Sekunde gemeint, man kann jedoch von einer Verdoppelung dieses  
21 Wertes im 2-5 jährigen Rhythmus ausgehen (Quelle?) und entsprechend muss die Infrastruktur  
22 bereits jetzt so auf-/ausgebaut werden, dass ein weiterer modularer Ausbau langfristig  
23 möglich ist.

24 (2) unter Amtsnetz versteht man ein Telefonnetz, welches ohne zusätzliche Stromversorgung  
25 der Anschlüsse auskommt (altes Analognetz) im Gegensatz zum heute üblichen DSL-Anschluss

26

### 27 G 7: Neuregelung der Mehrwertsteuer

28 an SPD Landesparteitag, Juso-Bundeskongress

29 Die heutige Mehrwertsteuer (auch: Umsatzsteuer) wurde 1968 mit dem Wandel der Allphasen-  
30 Bruttoumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer eingeführt. Der Normalsatz betrug damals zehn  
31 Prozent, der ermäßigte Satz fünf Prozent. Die Erhöhung des normalen Mehrwertsteuersatzes  
32 durch die große Koalition auf 19 Prozent war bis dato die siebte und letzte Erhöhung. Der  
33 ermäßigte Steuersatz beträgt aktuell sieben Prozent. Auf europäischer Ebene ist die  
34 Umsatzsteuer durch die am 01. Januar 2007 in Kraft getretene Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie  
35 (MwStSystRL) relativ einheitlich geregelt: Die Mitgliedsstaaten der EU können dabei den

1 Regelsatz mit einer Untergrenze von 15 Prozent und einer Obergrenze von 25 Prozent  
2 festlegen. Daneben ist es möglich für bestimmte Waren- bzw. Leistungsgruppen reduzierte  
3 Sätze zu erheben. Nach Maßgabe der EU-Richtlinie können einzelne Leistungsgruppen auch  
4 ganz von der Mehrwertsteuer befreit werden. In Deutschland wird die Nullsatzregelung  
5 beispielsweise in Bezug auf den internationalen Luft- und Seeverkehr angewandt. Arztbesuche,  
6 Bankdienstleistungen und Mieten sind ebenfalls von der Mehrwertsteuer befreit.

7 Mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz sollten ursprünglich wichtige Güter des täglichen  
8 Gebrauchs steuerlich geschont werden. In der Anlage 2 zu §12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 UStG sind  
9 die Güter aufgeführt, für welche in Deutschland der niedrigere Steuersatz gilt. Allerdings folgt  
10 diese Auflistung keiner bestimmten Systematik. Die vielen Änderungen und Ergänzungen der  
11 letzten 42 Jahre sind vielmehr das Ergebnis der Lobbyarbeit verschiedener Interessengruppen  
12 bzw. sie dienen den regierenden Parteien dazu, Steuergeschenke für ihre jeweilige Klientel zu  
13 machen. Dies konnte man zuletzt beim Beschluss des ermäßigten MwSt-Satzes für  
14 Hotelübernachtungen auf Drängen der FDP beobachten. Das Ergebnis ist ein Waren- und  
15 Dienstleistungs-Misch-Masch für welchen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt, der unter  
16 objektiven Gesichtspunkten für niemanden nachvollziehbar ist. So gelten beispielsweise  
17 Schokolade oder Pornohefte als Güter des täglichen Bedarfs und werden nur mit dem  
18 ermäßigten Satz besteuert, wohingegen Babywindeln und Arzneimittel der vollen Besteuerung  
19 unterliegen. Lebensmittel werden mit sieben Prozent besteuert. Genauso Leitungswasser und  
20 Tee. Für Mineralwasser gilt dagegen der Steuersatz von 19 Prozent. Pferde, einschließlich  
21 reinrassiger Zuchttiere, werden steuerlich begünstigt, ebenso Maulesel und Maultiere. Esel  
22 hingegen werden mit 19 Prozent besteuert.

23 Die Änderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte führten im Ergebnis zu einer Rechtslage,  
24 welche dringend einer Korrektur bedarf. Aus diesem Grund fordern wir Jusos eine  
25 grundlegende Überarbeitung des §12 UStG, sowie der Anlage 2. Dabei sind insbesondere  
26 auch sozial- und familienpolitische Aspekte zu berücksichtigen. Der ermäßigte  
27 Mehrwertsteuersatz sollte dabei neben Lebensmitteln und Hygieneartikel für Kleinkinder  
28 insbesondere auch auf Medikamente und Arzneimittel, sowie den Bereich des Öffentlichen  
29 Personennahverkehrs ausgeweitet werden. Weitergehende Ermäßigungen insbesondere auf  
30 Güter, welche nicht die Grundbedürfnisse abdecken, bedürfen einer strengen Überprüfung.  
31 Damit soll dem ursprünglichen Grundgedanken des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes, eben  
32 die steuerliche Schonung von Gütern des täglichen Bedarfs, Rechnung getragen werden.

33 Für Luxusgüter (Konsumgüter, welche in der Anschaffung einen Preis von 50.000 Euro  
34 übersteigen. Die Aufteilung eines Luxusguts in Einzelrechnungen soll verboten werden.) fordern  
35 wir die Einführung eines erhöhten Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 21 Prozent. Anders als  
36 im Bereich der Einkommensteuer ist es bei der Mehrwertbesteuerung dem Konsumenten nicht  
37 möglich, die Steuerlast durch Buchungstricks zu mindern. Und auch hier gilt: Starke Schultern  
38 müssen mehr tragen als schwache. Mit einem erhöhten Mehrwertsteuersatz auf Luxusgüter  
39 würde somit auch ein Beitrag zu einer gerechteren Besteuerung in Deutschland geleistet.

40

# 1 G 9: Pragmatischer Umgang mit Cannabis

2 An: Landesparteitag, Bundeskongress, Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion

3

4 Der Konsum von Cannabis hat gemäß diverser Studien eine große Anziehung auf breite  
5 Bevölkerungsschichten. Deshalb stellen sich zwei zentrale Fragen:

- 6 • Warum ist das so?
- 7 • Wie könnte sich dies steuern lassen, um die negativen Effekte für die Gesellschaft zu  
8 reduzieren und gleichzeitig einen finanziellen Ausgleich zu erhalten?

9

10 Aktuelle Situation: Konsum

11 Eine nicht zu unterschätzende Zahl an Menschen konsumiert regelmäßig Cannabis, dies ist die  
12 gesellschaftliche Realität in Deutschland. Hierzu zählen besonders Jugendliche. Gemäß einer  
13 Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (=BzGA) konsumieren über drei  
14 Prozent der 12- bis 17-jährigen Jugendlichen regelmäßig Cannabis. Insgesamt haben zum  
15 Zeitpunkt der Studie fast zehn Prozent der Jugendlichen in ihrem Leben mind. einmal gekifft,  
16 6,6% allein in dem vorangegangenen Jahr der Studie. Unter den Erwachsenen, laut der Studie  
17 18- bis 64- Jährigen, haben bereits 23% in ihrem Leben zum Joint gegriffen. Davon 2,2  
18 Prozent in den vergangenen 30 Tagen.<sup>i</sup> Dies zeigt zwei Dinge: Weit verbreiteter  
19 Cannabiskonsum ist eine Tatsache, die nicht zu widerlegen ist. Ebenso, wie die wenigsten  
20 Konsument\_innen die Risiken wirklich reflektieren und somit das Beibehalten des aktuellen  
21 Verbots von Cannabis die gesamte Situation nicht ändert.

22

23 Aktuelle Situation: Gesundheitliche Gefahren und zusätzliche Gefahren durch repressive Politik  
24 Repression ist für uns das falsche Mittel der Drogenpolitik. Es führt zu Problematiken, die ohne  
25 diese Repression gar nicht vorhanden wären. Dies betrifft sowohl die daraus resultierende  
26 Strafverfolgung, als auch gesundheitliche Risiken und Nebenwirkungen, welche bspw. durch  
27 Streckmittel entstehen, welche aufgrund des Schwarzmarktes und der dadurch nicht  
28 vorhandenen Rechtssicherheit der Käufer\_innen weit verbreitet sind. So kam es z.B. im Jahr  
29 2007 in Leipzig durch „gestrecktes“ Cannabis zur größten Bleivergiftung seit Ende des  
30 Zweiten Weltkrieges.<sup>ii</sup> Im Jahr 2009 kam es in München wiederholt zu Fällen, in denen  
31 Menschen wegen Bleivergiftungen durch „gestrecktes“ Cannabis ins Krankenhaus geliefert  
32 wurden. Der deutsche Hanfverband erklärte anlässlich einer öffentlichen Anhörung im  
33 deutschen Bundestag am 28. September 2011 in diesem Zusammenhang, dass ihrem  
34 „Streckmittelmelder“, welcher 2009 eingeführt wurde, bis zu diesem Zeitpunkt über 3000 Fälle  
35 gemeldet wurden, Immer wieder tauchen Fälle auf, in denen Cannabis mit Zucker oder  
36 Haarspray gestreckt werden-dies mit verheerenden Folgen für die Konsumenten.

37 .<sup>iii</sup> All diese Beispiele zeigen, dass die „Streckung“ von Cannabis ein massives Problem  
38 darstellt, welches erst durch die Kriminalisierung der Handhabung entsteht.

39 Eine weitere, unserer Ansicht nach, unterschätzte Gefahr einer kriminalisierten Handhabung,  
40 ist die Wahrnehmung von Cannabiskonsumet\_innen in Bezug auf andere illegale Drogen.  
41 Durch ein Cannabis-Verbot kauft der Kunde oder die Kundin ihr Produkt in den meisten Fällen

1 bei Personen, die auch andere, so genannte harte Drogen verkaufen. Durch den ständigen  
2 Umgang mit letzteren wird eine, durch die dauerhafte Konfrontation verschuldete,  
3 Verharmlosung härterer Drogen erzeugt.  
4 In diesem Zusammenhang muss allerdings erläutert werden, dass der Konsum der Droge  
5 Cannabis grundsätzlich Folgeschäden verursacht. Zum einen wäre eine physische  
6 Abhängigkeit möglich, wenn auch nicht so ausgeprägt wie bei Alkohol oder Opiaten der Fall,  
7 tritt diese ein bis zwei Tage nach dem letzten Konsum auf, welcher ein bis zwei Wochen  
8 danach anhält. Weiter gibt es die Möglichkeit der psychischen Abhängigkeit. Zum anderen  
9 besteht die Möglichkeit der psychischen Abhängigkeit, die bspw. zu starken Psychosen  
10 (Neurosen) führen kann. aber auch schon davor, wenn Alltagssituationen und Stress nur noch  
11 durch den Griff zum Joint bewältigt werden können tritt eine gewisse psychische Abhängigkeit  
12 auf. Selbst wenn Alltagssituationen sowie Stress nur noch durch den „Griff zum Joint“ Vor  
13 allem letzteres führt bei vielen Menschen dazu, dass sie immer tiefer in einen Teufelskreis  
14 geraten, aus dem es schwer ist, ohne Hilfe Dritter, wieder aus zu brechen. Dieses Beispiel  
15 zeigt das grundsätzliche Problem, welches es schwer macht konkrete Gefahren für Cannabis  
16 zu benennen: Menschen aus einem stabilen sozialem Umfeld, intakter Familie sowie einem  
17 mehr oder weniger sorgenfreien Leben rutschen wesentlich schwerer in diese Situationen, als  
18 andere, die unter Umständen sich auch aus Zugehörigkeitsgründen beteiligen. Hier muss  
19 bspw. eine vernünftige Präventionsarbeit ansetzen. Gefahren bestehen ebenfalls außerhalb  
20 solcher Extremsituationen. So genannte Dauerkonsument\_innen fallen als träge und unmotiviert  
21 auf, was häufiger auch berufliche Auswirkungen haben kann. Außerdem sind die  
22 Auswirkungen auf das nähere Umfeld nicht zu vernachlässigen, denn es kann dazu führen,  
23 dass Freundschaften auf Grund dieser Nebenwirkungen zerbrechen, oder Ähnliches. Dies  
24 kann aber genauso bei einem milden Umgang mit Cannabis oder ohne Form einer  
25 Abhängigkeit möglich sein. Daraus lässt sich schließen, dass Cannabis, wie jede andere  
26 Droge, gefährliche Auswirkungen auf den/die Konsumenten/in hat. Aber auch eine  
27 legalisierte Handhabung stellt uns vor einige Probleme, welche sorgfältig analysiert sowie  
28 angegangen werden müssen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass eine Politik der Verbote diese  
29 Probleme nicht löst, sondern sie meist noch verschlimmert.

30

31 Gesellschaftliche Auswirkungen einer pragmatischen Drogenpolitik (für den  
32 Einzelnen/Konsumenten)

33 Das Verbot von Cannabis führt zu einem weiteren Problem, welches v.a. die Gesellschaft  
34 betrifft, denn die Konsument\_innen erleiden durch den Konsum Schäden, die durch die  
35 Allgemeinheit getragen werden müssen, ohne, dass sie sich beim Kauf, bspw. durch Steuern,  
36 an diesen Kosten beteiligen, wie es beim Rauchen oder bei Alkohol der Fall ist. Durch die  
37 Aufhebung des Verbotes eröffnet sich für den Staat die Möglichkeit einer Besteuerung und  
38 beendet damit gleichzeitig die Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten, ohne, dass  
39 diese einem/r Dritten durch Wort oder Tat Schaden zufügen. Eine Studie des britischen  
40 Unterhauses aus dem Jahr 2000 schätzt, dass durch eine Cannabisbesteuerung der britische  
41 Staat etwa eine Milliarde Pfund (ca. 1,2 Milliarden Euro) Steuermehreinnahmen pro Jahr  
42 hätte, wenn eine Steuer in Höhe der dortigen Steuer auf Zigaretten angewendet werden  
43 würde.<sup>iv</sup>

1 Konservative Kräfte begegnen den Problemen des heutigen Cannabiskonsums mit der  
2 Forderung einer stärkeren Repression durch die Exekutive. Die Problematik, welche sich durch  
3 den Drogenkonsum einzelner für die Gesellschaft ergibt wird dadurch jedoch nicht gelöst. Im  
4 Gegenteil, diese Repressionspolitik kostet die deutsche Gesellschaft neben der Einschränkung  
5 der Freiheit jedes/r Einzelnen und anderer Grund- und Menschenrechte auch jährlich  
6 mindestens eine Milliarde Euro an Kosten für Gerichtsprozesse, Gefängnisverwahrung,  
7 Polizeieinsätze sowie vor allem für Routine-Fahndungen. Während die zusätzlichen  
8 Belastungen durch eine Legalisierung etwa durch eine Zunahme der Therapien oder durch (im  
9 Vergleich zu heute) verschwindende Geldstrafen dagegen bei nur ca. 200 Mio. Euro liegen  
10 würde, wenn die Zahlen aus UK als Vergleich herangezogen werden.<sup>v</sup>

11 Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (GG Art.20, Abs. 3) spricht ebenso für eine Politik des  
12 Besteuerns anstatt der strikten Verbote, wie der Gleichbehandlungsgrundsatz (GG Art. 3, Abs.  
13 1) mindestens eine Gleichstellung mit Drogen wie Alkohol und Nikotin geradezu vorschreibt.  
14 Ferner verstößt ein Verbot außerdem gegen Artikel Zwei, Absatz Eins der freien Entfaltung  
15 der Persönlichkeit. Daher ist aus unserer Sicht die derzeitige Rechtslage nicht hinnehmbar.  
16

17 Pragmatische Politik: Internationale sowie Auswirkungen auf die Gesellschaft

18 Ein Maximum an Repressionen zeigt kaum Wirkung, wie sich mit Hilfe historischer Beispielen  
19 belegen lässt, etwa das Alkoholverbot Anfang des 20. Jahrhunderts in den Vereinigten  
20 Staaten. Hierbei lässt sich ganz klar verdeutlichen, wer die wahren Profiteur\_innen eines  
21 solchen Verbotes waren bzw. sind. Nämlich diejenigen, die es schaffen die entstehende  
22 "Marktlücke" zu füllen. Hierbei handelt es sich um Menschen sowie Organisationen, die das  
23 vorhandene Potential haben abseits der Legalität eben diese Nachfrage zu befriedigen. Damit  
24 verursacht die Kriminalisierung von Cannabis gleichzeitig einen Markt für die organisierte  
25 Kriminalität, welcher ihnen dadurch hilft andere „Märkte“, auf denen sie ebenfalls tätig sind,  
26 zu finanzieren. Wir reden in diesem Zusammenhang von Waffenschmuggel,  
27 Menschenhandel, aber auch vom Handel mit harten Drogen Dabei muss erwähnt werden,  
28 dass die organisierte Kriminalität in Europa nur den Vertrieb organisiert. Der Anbau des Hanfs  
29 findet zu großen Teilen im Nahen Osten statt. Afghanistan ist der größte Lieferant für  
30 Cannabis weltweit mit einem Umschlag von 1500 bis 3500 Tonnen jedes Jahr, wie eine  
31 Studie des Büros für Drogen und Kriminalitätsbekämpfung der Vereinten Nationen zeigt. In  
32 einer Befragung, geben weitere 39% der afghanischen Cannabis-Bauern an, dass der Grund  
33 für den Anbau der hohe Abnahme-Preis ist. Für letzteren liegt die Kriminalisierung in den  
34 meisten europäischen Ländern auf der Hand. Dieser hohe Verkaufspreis wird auch durch die  
35 zweitmeist genannte Ursache untermauert, dabei nennen die 729 befragten Bauern die  
36 niedrigen Investitionskosten als Grund. Wir haben also ganz offensichtlich hier niedrige  
37 Investitionskosten für die Bauern. Auf der anderen Seite Abnehmer\_innen, welche in diesem  
38 Beispiel Haschisch, zu einem hohen Preis abnehmen. Bei der Befragung von Bauern, die den  
39 Verkauf von Cannabis wieder eingestellt oder es noch nie gemacht haben kam in beiden  
40 Fällen als meistgenanntes Ergebnis heraus. Wenn der Abnahme-Preis hoch genug ist, wären  
41 diese bereit in das Produkt zu investieren bzw. es wiederanzupflanzen. Daraus lässt sich  
42 eindeutig schließen, dass unsere Momentan geführte Anti-Drogen-Politik – Anbieter vom Markt  
43 zu nehmen – ihr Ziel nicht erfüllt. Denn eine hierdurch erzeugte Unterversorgung sowie

1 Deflation auf dem Drogenmarkt, lockt getrieben durch den hohen Preis, viele neue  
2 Anbieter\_innen ins Geschäft.

3 Die Kriminalisierung von Cannabis steigert also drastisch den Preis und schafft eine  
4 Marktlücke, die es der organisierten Kriminalität ermöglicht, sich Geld zu verschaffen, um  
5 andere Ziele zu verwirklichen. Auch deswegen, weil wir der Ansicht sind, dass ein "Krieg  
6 gegen die Drogen" das Problem mehr verschärft und das bisherige System und Zusammenspiel  
7 bei der organisierten Kriminalität eher festigt, statt überwindet, treten wir für eine Legalisierung  
8 von Cannabis ein. Im Krieg gegen Drogen gilt, die größte Verliererin ist immer noch die  
9 Gesellschaft. Selbst in den oben genannten Ländern, in denen die Cannabis-Bauern mit  
10 geringen Investitionskosten ihr Haschisch zu einem hohen Preis absetzen können, ist die  
11 Bevölkerung der Verlierer dieser Problematik. Beispielsweise wird in Afghanistan auf  
12 gigantischen Flächen fruchtbaren Bodens nicht Nahrungsmittel angebaut, sondern Cannabis-  
13 Pflanzen gesät. Die UN beziffert diese Flächen in einem Bericht zw. 10.000 und 24.000 ha,  
14 allein für Cannabis. Eine natürliche Folge dessen: der Nahrungsmittelpreis steigt. Denn Bauern,  
15 die die Wahl zwischen dem Anbau von Cannabis zu niedrigen Produktionspreisen und  
16 vergleichsweise hohem Verkaufswert gegenüber den Kunden haben, werden sich im Zweifel  
17 immer für eben diese Arbeitnehmer\_innen entscheiden. Der Anbau von Gemüse und Obst,  
18 welcher in solchen Regionen äußerst wichtig wären, fallen dabei weg. Abschließend gilt es  
19 fest zu halten, dass die oben erwähnten internationalen Strukturen erhalten bleiben und sich  
20 weiter festigen durch eine Drogenpolitik, wie wir sie bis dato haben. Der momentane Zustand  
21 reproduziert sich also durch die beiden gegensätzlichen Parteien ständig selbst. Es führt eher  
22 für eine Verschärfung des Problems, statt einer Lösung. Deshalb fordern wir eine  
23 grundsätzlichere Lösung für die gesamte Problematik und eine damit verbundene Legalisierung  
24 von Cannabis.

25 ([http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghanistan\\_Cannabis\\_Survey\\_2009.pdf](http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghanistan_Cannabis_Survey_2009.pdf))

26 Umsetzung der Entkriminalisierung und Legalisierung

27

28 Verwirklicht werden soll unsere Forderungen mit einem zwei Säulen Modell.

29 1. Sofortige Entkriminalisierung des Besitzes von natürlich produzierten Cannabis  
30 Dies darf nachweislich nicht mit Streckmitteln belastet sein. Die Beweispflicht liegt dabei  
31 nicht bei den Konsumenten. Eine solche Überprüfung muss durch die Exekutive erfolgen.  
32 Innerhalb der Umstellphase haben Verbraucher\_innen die Möglichkeit ihr Cannabis  
33 freiwillig und kostenlos auf dessen Qualität testen zu lassen.

34 Sollte sich allerdings dann herausstellen, dass dieses Cannabis nicht den oben genannten  
35 Qualitätsanforderungen entspricht wird jenes eingezogen.

36 Des Weiteren muss die Präventionsarbeit verbessert werden. Diese soll auf keinen Fall aus  
37 undifferenzierter Panikmache bestehen, denn bei einem Großteil der Jugendlichen hat dies nur  
38 eine größere Neugierde zur Folge. Außerdem wird diese Panikmache schnell als unwahr  
39 entlarvt und macht diese obsolet. . Aus diesem Grund wollen wir eine Präventionspolitik, die  
40 den Jugendlichen auf der einen Seite die Gefahren aufzeigt, dies aber auf Grundlage einer  
41 Diskussion sowie Aufklärung auf Augenhöhe umsetzt, ohne unglaubwürdig gestaltete  
42 Verteufelung. Hierfür ist es wichtig sich die Gründe für den Cannabiskonsum Jugendlicher an

1 zu schauen. Die BzGA geht davon aus, dass die Hauptgründe für Cannabiskonsum  
2 Jugendlicher Abgrenzung von der Elterngeneration, Ausdruck des persönlichen Stils,  
3 Absichtliche Normenverletzung, Genuss oder auch der Reiz eines damit laut Klischees  
4 verbundenen „Alternativen Lebensstils“ ist. Genau hier muss Cannabisprävention ansetzen,  
5 denn bereits in der Jugend entscheidet sich oft in wie weit Cannabiskonsum das Leben  
6 beeinflussen wird. Dazu müssen die gesunkenen Ausgaben, die im Polizeidienst anfallen  
7 komplett in die Drogenprävention gesteckt werden.

8 Die Pädagogik, die in dem Zusammenhang bisher gefahren wurde war alles andere als  
9 produktiv. Dies zu behaupten würde auch vielen vorhandenen Statistiken widersprechen.  
10 Lediglich 3,7% der Jugendlichen vermeiden, verzögerten oder beendeten ihren Konsum  
11 illegaler Drogen auf Grund der bisherigen Drogenpräventionsprogramme, wie aus einer  
12 Statistik der BzGA zu entnehmen ist. Deshalb wollen wir das Problem Grundsätzlicher  
13 angehen. Drogenprävention umfasst wesentlich mehr Dinge, als nur Aufklärung über  
14 potentielle Schäden durch den Cannabiskonsum. Beispielsweise müssen Schulen mit  
15 Psycholog\_innen und Sozialarbeiter\_innen ausgestattet werden. Deren Aufgabe muss es sein  
16 Faktoren, die für den Cannabiskonsum oder einen extremen Anstieg des Konsums bei  
17 Einzelnen verantwortlich sind, zu bekämpfen, bevor eine Verschlimmerung auftreten kann. Wie  
18 bereits erwähnt sind Menschen mit einem schwachen sozialen Umfeld gefährdeter dauerhaft  
19 süchtig zu werden, da sie ihre Probleme mit dem Konsum von Cannabis versuchen zu  
20 bewältigen. Aus diesem Grund muss zielgerichtete Präventionsarbeit geleistet werden, d.h.  
21 Betroffenen bei der Bewältigung von Problemen helfen und eben nicht die Kriminalisierung  
22 sowie gesellschaftliche Isolation der Personen vorantreiben. Die Präventionsarbeit muss bis in  
23 die Schulen hineinreichen. Schulen müssen eine bessere finanzielle Ausstattung in diesem  
24 Bereich erfahren. Es muss über deutlicher über die Gefahren eines Konsums informiert werden  
25 Dazu können sowohl akademisch ausgebildete Menschen aus dem Zusammenhang der  
26 Naturwissenschaften, Pädagogik, ebenso wie „Aussteiger“, die ihre drogendominierte  
27 Vergangenheit hinter sich gebracht haben. Hier gibt es viele Möglichkeiten der Umsetzung  
28 und sie müssen auch individuell auf die verschiedenen Fälle angepasst werden. Daher fordern  
29 wir eine wesentliche Erhöhung der dort zur Verfügung gestellten Mittel.

30 Aber auch Menschen, die schon auf Grund der Folgen des schweren Cannabiskonsums sich in  
31 Behandlung befinden müssen eine verbesserte Betreuung und Chance auf Resozialisierung  
32 bekommen. Hier müssen verstärkt Mittel zur Verfügung gestellt werden. Diese sollen  
33 hauptsächlich aus der neu geschaffenen Quelle der Steuereinnahmen durch den legalisierten  
34 Cannabisverkauf kommen, selbstverständlich muss die Höhe der Ausgaben angepasst werden  
35 an die konkrete Situation.

36 ([http://www.jugendschutz-stormarn.de/download/vortrag\\_strueber\\_cannabis.pdf](http://www.jugendschutz-stormarn.de/download/vortrag_strueber_cannabis.pdf))

## 37 2. Legalisierung des Cannabiskonsums

38 Dafür muss sowohl die gesamte Produktions- und Konsumkette legalisiert werden, als  
39 auch gesetzlichen Regelungen unterworfen sowie nach ihnen organisiert werden. Wir  
40 fordern dies in folgendem Rahmen zu tun:

41 a. Produktion:

1 Der Anbau für vom Staat beliehene Unternehmen soll legalisiert werden, allerdings  
2 ausschließlich in staatlich zugelassenen Anbau- und Verarbeitungsanlagen. Diese sollen  
3 regelmäßig durch eine staatliche Stelle kontrolliert werden sowie nach staatlichen  
4 Qualitätsmerkmalen überprüft werden. Diese haben das Ziel jegliche Risiken und  
5 Nebenwirkungen, die über die von Natur gegebene Risiken hinweg gehen, zu  
6 vermeiden. Dadurch lassen sich einerseits Allgemein-Kosten reduzieren, andererseits  
7 wird die Gesundheit der Konsument\_innen weniger geschädigt.

8 b. Vertrieb:

9 Für die Organisation des Vertriebes wollen wir das bestehende Apotheken-Netz  
10 nutzen. Dies setzt allerdings zusätzliche fachliche Kompetenz voraus, die durch  
11 vorhergehende staatliche Schulungen, zusätzlich zur staatlichen Pharmazeut\_innen-  
12 Ausbildung erworben werden soll. Diese dienen auch der Sensibilisierung, um die  
13 Verkäufer\_innen auf die anfänglichen gesellschaftlichen und gesundheitlichen  
14 Problematiken vor zu bereiten. Es ist auch wichtig, dass die Apotheken den bisher  
15 vorhandenen Rahmen behalten und dadurch ihre Seriosität wahren. Wir wollen dieses  
16 Klima auch beim Cannabisverkauf nutzen, um dort die oben genannte Seriosität auch  
17 bei den Käufer\_innen zu schaffen.

18 c. Besitzer\_innen/Konsument\_innen:

19 Ebenso fordern wir ein Regelwerk für Konsument\_innen. Dies soll eine  
20 Eigenbedarfsgrenze von 30g Marihuana pro Person (evtl. auch schon bei  
21 Entkriminalisierung) umfassen, um ein erneutes Aufkommen eines Schwarzmarktes zu  
22 erschweren, dies soll bundesweit in allen Ländern gleich gelten. Genauso ist uns auf  
23 Grund der großen Gefahr für die körperliche und geistige Entwicklung, die von THC  
24 auf Personen ausgehen kann eine Altersbeschränkung wichtig. Diese Altersgrenze muss  
25 bei 18 Jahren liegen, jedeR, der/die die Weitergabe an Minderjährige ermöglicht,  
26 macht sich strafbar und muss mit juristischen Folgen rechnen. Der Konsum in der  
27 Öffentlichkeit soll dort genau so geregelt werden, wie es jetzt schon im  
28 Nichtraucher\_innenschutzgesetz festgelegt ist, keiner darf anderen den passiven  
29 Konsum aufzwingen. Genauso muss das Umfeld auch vor den Auswirkungen des THC  
30 auf den/die Konsumenten/in geschützt werden, so fordern wir weiterhin ein Verbot  
31 von aktivem THC im Blut beim Autofahren.

32 Aus oben schon erläuterten Gründen ist es notwendig ein neues Konzept in der Drogenpolitik  
33 zu schaffen, welches auf einen verantwortungsbewussten Konsum und ein Ende mit nicht  
34 begründeten gesellschaftlichen Vorurteilen bedeutet. Vielmehr wollen wir auf Grundlage  
35 unseres Konzeptes eine freie und progressive Gesellschaft schaffen. Nur so kann eine wirklich  
36 emanzipierte Gesellschaft entstehen.

---

<sup>i</sup> vgl. [http://www.dbdd.de/images/publikationen/dbdd/germany\\_reitox\\_report\\_2009\\_ger.pdf](http://www.dbdd.de/images/publikationen/dbdd/germany_reitox_report_2009_ger.pdf); Seite 54.

<sup>ii</sup> vgl. <http://www.aerzteblatt.de/archiv/62150>.

<sup>iii</sup> vgl.

[http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a14/anhoerungen/Archiv/k\\_Drugchecking/stellungnahmen/17\\_14\\_0182\\_7.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a14/anhoerungen/Archiv/k_Drugchecking/stellungnahmen/17_14_0182_7.pdf); Seite 1.

<sup>iv</sup> Vgl. Research Paper 00/74, *Cannabis*, S.65f., **Library House of Commons**

<sup>v</sup> Vgl. Research Paper 00/74, *Cannabis*, S.65f., **Library House of Commons**; *ONS Social Trends 29*, 1999 edition